

KOMMUNALPOLITIK

5/2005

Forum

20 Jahre
GAR NRW

Grüne / Alternative in den Räten NRW e.V. · Jahrgang 11 · Heft 5 · November / Dezember · ISSN 1616-4806

Grüne in den Kommunen
Strippenzieher
und Quälgeister

Liebe Leserinnen und Leser,

die GAR NRW feiert in diesem Jahr einen runden Geburtstag. Zwanzig Jahre jung sind wir geworden. Das ist ein guter Anlass den Spot auch einmal auf unsere eigene Geschichte zu richten. Und wir freuen uns, dass wir auf unser Jubiläum mit einigen KollegInnen und PartnerInnen aus den Kommunen, Land und Bund anstoßen können. Denn ohne euch wäre auch bei uns nun mal gar nichts los. Ganz bewusst haben wir unser Schwerpunktthema „Grüne in den Kommunen“ und unseren Geburtstag in einer Ausgabe vereint. Denn schließlich ist es unsere ureigenste Aufgabe das kommunale Netzwerk in NRW im Auge zu behalten, um hier wie dort zu informieren oder zu vermitteln. Und das möchten wir in möglichst guter Qualität auch noch viele weitere Jahre tun.

Bei der letzten Kommunalwahl 2004 wurden die Karten neu verteilt. Die kommunale Gestalterrolle wurde neu positioniert. Und die grüne Landes- und Bundespolitik wird in Zukunft aus der Oppositionsrolle heraus gestaltet. Damit wird die Wahrnehmung der Grünen insgesamt auch viel stärker durch die Arbeit in den Kommunen geprägt. Wir wünschen euch dafür viele gute Ideen, Humor und den nötigen Biss. Und wir hoffen, dass auch wir Euch dabei gelegentlich mit fachlichem Rat unterstützen können.

An dieser Stelle möchte ich auch schon einmal auf unsere diesjährige GAR –Delegiertenversammlung hinweisen. Sie findet am 10.12.2005 um 10:30 Uhr im Düsseldorfer Rathaus statt. Hier werden auch für unsere Zukunft noch einige Weichen gestellt.

Kurz und gut, wir wünschen uns, dass ihr mit viel Schwung und Energie ins neue Jahr rutschen könnt.

Viel Vergnügen mit dieser Ausgabe.

Dunja Briese
– Redaktion –

inhalt

GARaktuell

20 Jahre GAR NRW	4
Von der GAR-Küche zum Forum Kommunalpolitik	6
Glückwünsche zum Geburtstag	7

personalia

Erich Hinderer	8
----------------------	---

Forum

Grüne in den Kommunen. Strippenzieher und Quälgeister	9
Schwarz-Grün im Aachener Land	10
Gestalten mit bunten Mehrheiten	13
Gute Arbeit und trockenes Brot in Münster	14
Vier Frauen im Rat	16
Horst Becker im Gespräch	18
Wenn „Rechte“ nerven	20
Grüne Politik im Landschaftsverband	22

thema

Mondpreis oder plausible Abrechnung vom Stadtwerk?	24
--	----

service/info

Partizipation von MigrantInnen neu gedacht	26
Keine Sitze für unabhängige Wählergemeinschaften	27
Privatisierung bringt Kommunen ins Kreuzfeuer	28
Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen	28

rezension

Neues Kommunales Finanzmanagement	29
Denkmalschutz und Denkmalpflege in der kommunalen Praxis	29

Landtag

Kommunale Kostenübernahme für Unterkunft und Heizung	30
---	----

GARnet

Biogene Kraftstoffquellen im Netz	31
---	----

impresum

Forum Kommunalpolitik erscheint fünfmal im Jahr und wird an die Mitglieder der GAR NRW kostenlos abgegeben. Der Abonnentenpreis für Nicht-Mitglieder beträgt 18,40 € inklusive Versandkosten, der Einzelpreis 3,90 €. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GAR NRW wieder. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge in gekürzter Form abdruckend. Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion und unter Quellenangabe gestattet. Dies gilt nicht für Mitglieder der GAR NRW.

Herausgeber: GAR NRW, Grüne/Alternative in den Räten NRW
Jahnstr. 52 · 40215 Düsseldorf · Fon: 0211-38476-0
E-mail: info@gar-nrw.de · Web: www.gar-nrw.de

Redaktion, V.i.S.d.P.: Dunja Briese, Fon: 0211-38476-14, briese@gar-nrw.de

Redaktionelle Mitarbeit: Ilona Schmitz (-15), Volker Wilke (-13)

Anzeigen: Dunja Briese (-14)

Layout: Roland Lang
Titelfoto: Roland Lang
Fotos: Grüne Aachen (S. 10, 11),
Grüne Beckum (S. 16)
Roland Lang (S. 9, 15, 17)
Michael Vogel (S. 3)
Druck: TIAMATdruck GmbH, Düsseldorf
ISSN: 1616-4806

Thema der nächsten Ausgabe: „Naturschutz. Wald und Wiese“.
Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: **23.01.2006**



20 Jahre GAR NRW
Auf eurer Baustelle im Einsatz!
Wir packen an!
Frohes Neues!

Chaotische Anfänge, prägende Personen und warum es die GAR geben muss

20 Jahre GAR NRW

„Nicht auszuhalten! – war mein erster Eindruck beim Betreten der Aula der Gemeinschaftsgrundschule Duisburg“, so der Protokollant der ersten Delegiertenversammlung der Grüne/Alternative in den Räten NRW e.V., GAR. Bereits der Einladung war zu entnehmen, dass es nur um die Sache und nicht um nettes „Beiwerk“ ging – war darin doch die Rede von einer „spartanisch eingerichteten Aula ohne Tische; die Schreibunterlagen musste man selbst mitbringen, genauso wie etwas zu Essen, Trinken und Kaffee. Und: „Raucherpausen auf dem Schulhof sind zu beantragen“, stand in der Einladung.

Tatsächlich blieb der Gründungstag der GAR unserem Protokollanten dann auch nachhaltig in Erinnerung. Er hielt fest: „Drückende Schwüle, gegen die auch das Aufreißen aller Fenster nichts half, eine Lautsprecheranlage mit nur ganz mäßigen Qualitäten, kein Kaffee, kein Mittagessen und Rauchverbot im gesamten Schulgebäude.“ Bedingungen, unter denen sich eben nur Grüne treffen.

57 Delegierte und 30 Gäste waren es letztlich, die am Feiertag des 6ten Juni 1985 die GAR NRW nach intensiver Satzungsdiskussion offiziell gründeten. Den ersten ordentlichen Vorstand stellten Harald Wölter (Münster), Dorle Schubert (Mönchengladbach), Friedrich Meyer (Oberbergischer Kreis), Rainer Stoisdorf (Bonn), ein Frauenplatz blieb unbesetzt.

Personen und Persönlichkeiten

Möglich machte die Gründung die Kommunalwahl 1984. Erstmals zogen die Grünen und Alternativen in großer Anzahl in die Räte. Die Landesdelegiertenkonferenz in Detmold beschloss dann am 14. Oktober 1984, eine kommunalpolitische Vereinigung zu gründen. Acht Monate später hatte die GAR NRW ihre ersten MitarbeiterInnen: die ehemaligen Kommunalwahlbeauftragten des Landesverbands Ekkehard Traunsberger und Herbert Klemisch.

+++Strippenzieher und Quälgeister der GAR NRW+++

MitarbeiterInnen Geschäftsstelle

Ekkehart Traunsberger, Geschäftsführung, 4/1984-12/1988
Herbert Klemisch, Geschäftsführung, 4/1985-12/1988
Rosemarie Schulz, Frauenreferat, 10/1986-3/1992
Evelyn Hennigsen, Sekretariat, 1/1989-2/1989
Jochen Sander, Geschäftsführung, 2/1989- 6/1992
Klaus Riepe, Bildungsreferat, 1/1989-5/1992
Geschäftsführung, 6/1992-3/1995
Ulrike Hagenguth-Schmuck, Sekretariat, 11/1990-6/1996
Annelie Buntenschach, Geschäftsführung, 8/1992-12/1992
Horst Becker, Öffentlichkeitsreferat, 11/1992-12/1994
Renate Brandthoff, Finanzreferat, 11/1993-2/1997
Hermann Mertens, Geschäftsführung, 2/1995-12/2000
Hiltrud Erning, Bildungsreferat, 4/1995-6/1997
Almut Bergendahl, Sekretariat, 7/1995-10/1995
Peggy Wilsdorf, Sekretariat, 11/1995-7/1996
Erich Hinderer, Aushilfe, 2/1996-7/2005
Melanie Staudt, Sekretariat, 9/1996-6/2000
Sabine Drewes, Referat Publizistik, 5/1997-2/2002
Volker Wilke, Bildungsreferat, 8/1997-2/2001
Geschäftsführung, seit 3/2001
Ilona Schmitz, Bildungsreferat, seit 4/2001
Heike Kas, Sekretariat, seit 11/2000
Dunja Briese, Referat Publizistik, seit 5/2002

Geschäftsführende Vorstände

Dorothea Schubert, Mönchengladbach, 1985-1987
Harald Wölter, Münster, 1985-1987
Rainer Weber, Hamm, 1987-1989
Eberhard Haberkern, Essen, 1987-1989
Monika Bergmann, Wesel, 1989-1991
Dr. Richard Kelber, Dortmund, 1989-1991
Anita Wolschendorf, Recklinghausen, 1991-1992
Hartmut Göbelsmann, Velbert, 1991-1994
Jörg Frank, Köln, 1992-1994
Ute Janota, Pulheim, 1995-2000
Rainer Lagemann, Hörstel, 1995-1998
Cornelia Vianden, Langerwehe, 1999-2000
Magda Ryborsch, Bergisch Gladbach, seit 2001
Günter Karen Jungen, Düsseldorf, seit 2001

Vorstände

Marion Bleich, Reinhard Ehringfeld, Angela Hebler, Bärbel Höhn, Dirk Karbjinski, Friedrich Meyer, Annette Lostermann De Nil, Jens Petring, Rosemarie Plett, Horst Pohlmann, Rainer Steußloff, Rita Thies, Anne Vollbracht, Wilhelm Windhuis.

20 Jahre GAR NRW heißt auch, dass viele Grüne Persönlichkeiten den Verein und seine Arbeit prägten. Dazu gehören als ehemalige Mitarbeiter beispielsweise der heutige kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Horst Becker, die spätere Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach oder der Essener Fraktionsgeschäftsführer Jochen Sander. Der heutige sozialpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Markus Kurth fertigte als junger Studienabsolvent einen Sozialpolitikreader für die GAR. Im GAR-Vorstand arbeiteten bisher insgesamt 28 Grüne Politiker, darunter die ehemalige Umweltministerin und heutige Bundestagsabgeordnete Bärbel Höhn.

Warum die GAR?

Warum musste eigentlich eine kommunalpolitische Vereinigung gegründet werden? Nun, Kommunalpolitik lebt vom Ehrenamt. Ein Ehrenamt, das Kompetenz und Kreativität erfordert. Denn KommunalpolitikerInnen müssen eine große Palette von Themen bearbeiten: von Straßenbahnen bis Kindergärten, von Stadtentwicklung bis zum neuen kommunalen Finanzmanagement. Sie müssen entscheiden und steuern, handeln und verhandeln. Sie erfüllen ein wesentliches Element unserer Demokratie mit Leben: die kommunale Selbstverwaltung. Eine kompetente Kommunalpolitik braucht Erfahrung. Die GAR NRW bündelt als kommunalpolitische Vereinigung der Grünen in Nordrhein Westfalen seit 20 Jahren die praktischen Erkenntnisse grüner Kommunalpolitik. Die Bildungsangebote bieten praxiserprobtes Fachwissen und nötige Grundlagen für kommunales Handeln. Die Mitgliederzeitschrift „Forum Kommunalpolitik“ ist über die Jahre ein grünes Gedächtnis alternativer Kommunalpolitik in NRW geworden. In ihr finden ständig Debatten zur Weiterentwicklung grüner Kommunalpolitik statt. Die GAR NRW nimmt so, wie die SGK (SPD), KPV (CDU) und VLK (FDP) die staatliche Aufgabe der Information, Beratung, Weiterbildung und Qualifizierung von Kommunalpolitikern wahr.

Das Land NRW erfüllt diese staatliche Aufgabe, indem es Zuschüsse an kommunalpolitische Vereinigungen zahlt. Diese Aufgabe wahrzunehmen, wird aber schwieriger, weil die finanziellen Bedingungen immer schlechter werden. So haben sich die Landeszuschüsse an die GAR in den Jahren 2000 auf 2005 halbiert. Die aktuelle Diskussion um den Landeshaushalt sieht nochmals eine 20prozentige Kürzung vor. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen sieht es für die Grüne/Alternative in den Räten NRW schlechter aus, als bei ihrer Gründung vor 20 Jahren.

Volker Wilke
Geschäftsführer der GAR NRW

Weggehen um anzukommen Bye bye Bärbel

In einer schönen und bewegenden Feier wurde Bärbel Höhn am Dienstag, den 15. November im Landtag NRW aus Düsseldorf verabschiedet. Neben zahlreichen Abschiedsgeschenken gab es auch einen Auftritt der Landtagsfraktion mit einem selbstgedichteten Text auf die Melodie „Bye Bye My Love“. Und auch die GAR NRW möchte sich mit einem kleinen Lied verabschieden. „Liebe Bärbel, lass den Landtag sausen. Berlin ruft dich aus Oberhausen. Nimm das Schwert und pack die Badehose ein, dann wirst du auch dort zu Hause sein. Alles Gute!“

Bye bye Bärbel

Bye bye Bärbel, mach et jot, bes zom nächste Mol.

Bye bye Bärbel, do wors jot, un eines dat es klar.

*Wir wern dich nie, niemols verjesse, denn Politik met dir wor schön,
bye bye Bärbel, auf Wiedersehn.*

Schon als wir hier opponiert han, war et e wunderbar Jeföhl,
un als wir dann och noch regiert han, da wurd der Rau ein bissche jrön.
Doch dann kom ne Wahl, für ihn wars ne Qual, do hätt er leis zo dir jesaat:
Du, ich jläuv, ich muß jon, dat mußte verston, un deit et dir och noch esu wih.

Bye bye Bärbel, mach et jot, bes zom nächste Mol.

Bye bye Bärbel, do wors jot, un eines dat es klar.

*ich weed dich nie, niemols verjesse, denn Politik met dir wor schön,
bye bye Bärbel, auf Wiedersehn.*

Nach Johannes kom de Wolfjang, der och mal jerne Rolltrepp fuhr
doch du fuhrst lieber Achterbahn dann, da wor er manchmal janz schön suer.
Doch dann kom die Wahl, er kreg a Signal, do hätt er leis zo dir jesaat:
Du, ich jläuv, ich muß jon, dat mußte verston, un deit et dir och noch esu wih.

Bye bye Bärbel, mach et jot, bes zom nächste Mol.

Bye bye Bärbel, do wors jot, un eines dat es klar.

*ich weed dich nie, niemols verjesse, denn Politik met dir wor schön,
bye bye Bärbel, auf Wiedersehn.*

Dann kam Peer, die Tigerente, der mit dem Düsseldorf-Signal,
er wor sickig wejn nem Hamster, doch später wor em dat ejal.
Doch dann kom die Wahl, un die war fatal, da hät er leis zo dir jesaat:
Du, ich jläuv, ich muß jon, dat mußte verston, denn ich lieb jetzt in Berlin die Angie.

Bye bye Bärbel, mach et jot, bes zom nächste Mol.

Bye bye Bärbel, do wors jot, un eines dat es klar.

*ich werd dich nie, niemols verjesse, denn Politik met dir wor schön,
bye bye Bärbel, auf Wiedersehn.*

Doch dann kom die Wahl, un die war fatal, da häs do leis zo uns jesaat:
Ich jläuv, ich muß jon, dat müsst'er verston, un deit et üsch och noch esu wih.

Bye bye Bärbel, mach et jot, bes zom nächste Mol.

Bye bye Bärbel, do wors jot, un eines dat es klar.

*wir wern dich nie, niemols verjesse, denn Politik met dir wor schön,
bye bye Bärbel, auf Wiedersehn.*

Bye Bye

Bärbel Höhn

Erinnerungen

Von der GAR-Küche zum Forum Kommunalpolitik

Meine ehemaligen Kolleg/innen haben mich anlässlich des GAR-Jubiläums gebeten, etwas über den Werdegang des GAR-Rundbriefs Forum Kommunalpolitik zu schreiben. Eine Bitte, der ich mit Freude nachkomme. Schließlich erinnere ich mich gern an die Aufgabe, den Rundbrief publizistisch und konzeptionell aufgemöbelt zu haben.

Aufmöbeln angesagt

Als ich 1997 damit anfang war das Forum Kommunalpolitik – GAR-Küche hieß das Blättchen weit vor meiner Zeit – so, wie Mitteilungsblätter von KPVen eben sind, wenn niemand mit publizistischem Hintergrund dafür verantwortlich ist: Jede/r schrieb so, wie ihm/ihr der Schnabel gewachsen war. Was im Rundbrief landete, war mehr eine Sache des Angebots als der Nachfrage. Die erste Zeit war also eine Phase des gegenseitigen Gewöhnens. Die AutorInnen mussten also erst mit redaktionellen Prozessen vertraut werden. Es wurde nicht mehr alles 1:1 gedruckt wie geschrieben. Die meisten waren für die Überarbeitung dankbar, einige jedoch empörten sich darüber, dass im Heft plötzlich Aussagen verschwunden waren, die nicht zum Thema gehörten. Ich selbst kam nicht aus NRW und kannte die kommunalpolitische Szene nicht, so dass ich in einigen Fettnäpfchen landete, die für mich unsichtbar in der Gegend herumstanden. Eine meiner ersten Ausgaben des Forums, „Scherben, Streit und Schiedsgerichte“, behandelte die unschöne Verdopplung grüner Fraktionen – ein Thema, auf das einige Betroffene naturgemäß nicht gern angesprochen werden. Es ist dennoch ein schönes Heft geworden.

So entstand nach und nach ein redaktionelles Profil: Mit inhaltlichen Schwerpunkten zu arbeiten war nahe liegend, weil so am leichtesten runde Konzepte zustande kommen. Die Themen waren kommunalpolitische Fachthemen mit aktuellem Bezug, wie Krise der Gemeindefinanzen, Zukunft der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund der EU-Liberalisierungspolitik oder kommunale Energiewirtschaft. Weitere Themen ergaben sich aus der grünen Programmatik, wie Integrationspolitik oder Bürgerbeteiligung. Hinzu kamen Reflexionen von „Grün vor Ort“: So widmeten wir die Ausgabe

„Spiel- oder Standbein“ dem Wechsel vieler grüner Fraktionen in die Oppositionsrolle nach der Kommunalwahl 1999. Die Schwerpunkte wurden im gesamten GAR-Team geplant, von allen kamen Anregungen – eine gute Arbeitsweise, die sich bewährt hat. Ich habe außerdem versucht den NRW-Bezug herauszuarbeiten und Personen aus der Landes- und Kommunalpolitik zu berücksichtigen und darüber hinaus auch bundesweit in die Runde geblickt, um inhaltliche VordenkerInnen zum Schreiben einzuladen. Daraus wurde ein Mix aus reflektierter Praxis und handlungsorientierter Theorie.

Und schließlich hat auch die grafische Gestaltung eine große Rolle gespielt. Zu deren Entwicklung hat Roland Lang entscheidend beigetragen, dem ich an dieser Stelle besonders danken möchte.

Auf Kurs gebracht

Man könnte sicher fragen: Lohnt der Aufwand? Wozu braucht der GAR-Rundbrief eigentlich eine eigene Gestaltungslinie? Warum immer noch die Papierform? Sind Fotos denn nötig? Wir haben ja hin und wieder auch aufwändige Fotoserien gemacht. So wurden für die Fotos einer Ausgabe zur Zukunft der Gemeindefinanzen „Keine Rettung in Sicht?“ unzählige Sparschweine zerdeppert, bis wir mit dem Trümmerhaufen zufrieden waren. Dass dieses publizistische Format trotz eklatanter Sparzwänge im GAR-Haushalt beibehalten wurde, spricht für sich: Das Forum erzeugt Mitgliederbindung und trägt, dass möchte ich bei aller Bescheidenheit für mich und meine Nachfolgerin sagen, maßgeblich zum Profil der GAR in der grünen kommunalpolitischen Landschaft bei.

Ich habe die ersten Jahrgänge des Forums aufbewahrt und werde sie bei jedem Umzug mitnehmen. Und ich bin froh, diese Zeitschrift in Hände abgegeben zu haben, die manches anders und alles gut machen.

Herzlichen Glückwunsch, weiter so!

Sabine Drewes

*war von 1997 bis 2002 verantwortliche Redakteurin
von Forum Kommunalpolitik.*

*Sie ist heute Redakteurin der Kommunalpolitischen Infothek
bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin.*

Gut vernetzt läuft alles besser

Glückwünsche zum Geburtstag

Nirgendwo ist die Nähe zwischen Bürger und Politiker so groß wie auf kommunaler Ebene, oft mit fließenden Grenzen. Deshalb ist die Arbeit in den Kommunen so wichtig für grüne Politik. Ihr habt 20 Jahre professionelle Vernetzung und kreative Basisarbeit verbunden - weiter so! Auch die Bundestagsfraktion hat oft von Eurer Arbeit profitiert. Ich wünsche mir, dass das so bleibt!

Renate Künast,
Fraktionsvorsitzende der grünen Bundestagsfraktion

Was wären die Grünen ohne ihre kommunalpolitische Vereinigung? Für kommunalpolitisch Engagierte ist der Austausch und die Vernetzung eine wichtige Angelegenheit. Insofern ist die Arbeit der GAR in NRW sehr wichtig – gibt sie doch die Möglichkeit, von anderen zu hören und zu lernen. Ich wünsche der GAR weiterhin erfolgreiche Jahre, wenn nötig, die Zeit zum Innehalten, vor allem aber die Kraft zum Handeln. Für unsere gute Zusammenarbeit in den letzten drei Jahren danke ich sehr und hoffe, dass wir diese auch in der kommenden Legislatur weiterführen können.

Kerstin Andreae,
Kommunalpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion

Die GAR hat mir mit Ihren Publikationen und inhaltlichen Veranstaltungen die Erfahrung anderer Grüner KommunalpolitikerInnen zugänglich gemacht und mir damit die Arbeit im Rat sehr erleichtert. Wie sehr ich die GAR schätze und ihr verbunden bin, sieht man nicht zuletzt daran, dass ich selbst Ende der achziger Jahre im Vorstand der GAR tätig war. Ich wünsche der GAR alles Gute zum 20. Geburtstag. Liebe Grüße.

Bärbel Höhn,
MdB

Glückwunsch zum Geburtstag! Nach den Querelen der ersten Jahre ist die GAR-NRW mittlerweile ein wichtiger Kontaktpunkt für die kommunalpolitische Gemeinschaft der Grünen geworden - insbesondere für die kleinen Fraktionen im ländlichen Raum und in der Diaspora. Tut mehr und mehret die Qualität und Quantität bündisgrüner Kommunalpolitik!

Markus Kurth,
MdB

Die GAR ist eine wichtige Einrichtung zur Vernetzung unserer kommunalpolitischen Arbeit. Also nur konsequent meine Botschaft: Dank für die letzten 20 Jahre und viel Erfolg, Freude und auf gute Zusammenarbeit in den nächsten 20 Jahren.

Herzlichen Glückwunsch!

Sylvia Löhrmann,
*Fraktionsvorsitzende der Grünen
im Landtag von Nordrhein-Westfalen*

Liebe kommunale Kolleginnen und Kollegen!

Unsere gemeinsame Arbeit für die Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen verbindet uns, auch in Zukunft, über alle Grenzen hinweg. Lassen Sie uns auch in Zukunft, wenn auch an verschiedenen Stellen und Seiten, gemeinsam an dieser Aufgabe weiterarbeiten.

Ulrich Weller,
*Geschäftsführer der kommunalpolitischen Vereinigung
der CDU des Landes Nordrhein-Westfalen (KPV NRW)*

Wir gratulieren der GAR NRW herzlich zu ihrem 20-jährigen Bestehen. Die grünen und Alternativen in den Räten haben seit ihrer Gründung dazu beigetragen, dass „frischer Wind“ in die Räte und Kreistage in NRW Einzug erhielt und die kommunalen Interessen das Gehör ihrer Landtagsabgeordneten und MinisterInnen im nordrhein-westfälischen Landtag gefunden haben. Der konsequente Einsatz für Fragen der Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in den Kommunen und die Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürger vor Ort sind sicher vielerorts Markenzeichen „grüner“ Lokalpolitik geworden.

Die nur dreizehn Jahre ältere SGK NRW wünscht den kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der Grünen und Alternativen zu ihrem „Geburtstag“ weiterhin viel Erfolg bei der Wahrung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen.

Bernhard Daldrup,
*Geschäftsführer der sozialdemokratischen Gemeinschaft für
Kommunalpolitik in NRW (SGK NRW)*

Im Namen der VLK gratuliere ich Ihnen zu Ihrem 20-jährigen Jubiläum. Ich wünsche Ihnen auch in Zukunft bei Ihrer wichtigen Aufgabe eine glückliche Hand. Die Liberalen vor Ort freuen sich auch weiterhin auf anregende Diskussionen in den Räten der Städte und Gemeinden zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in NRW!

Joachim Hoffmann,

*Geschäftsführer der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker e.V.
Landesverband NRW (VLK NRW)*

Um Himmels willen, schoss es mir zuerst durch den Kopf: Wenn ihr jetzt 20. Geburtstag feiert, dann bin ich auch schon seit 20 Jahren bei der ALTERNATIVEN KOMMUNALPOLITIK. Denn ich erinnere mich noch gut: Der Besuch einer der ersten GAR-Mitgliederversammlungen gehörte seinerzeit zu meinen ersten „Amtspflichten“ als frischgebackener AKP-Redakteur. Nun ja, zu bereuen haben wir da nix! Die Kooperation mit der GAR war immer ausgesprochen fruchtbar und erfreulich. Was ha-

ben wir nicht für kommunalpolitische Fachbücher und Projektschwerpunkte in dieser Zeit zusammen gemacht! Oft unter großem Zeitdruck. Und auf wie vielen bundesweiten KPV-Treffen haben wir uns nicht gemeinsam den Allerwertesten platt gesessen. Ich wünsche Euch deshalb zum Geburtstag, dass Ihr weiter so dynamisch und voller Energie bleibt!

Dr. Gerald Munier,
AKP-Redaktion

„Schlechter Rat ist teuer. Allorts in NRW hat Ratsbegründung vieles bewegt. Oft im Alleingang und jenseits Kirchturms hörten wir nichts. GAR hoffnungsvoll ist es ein Forum-Kommunalpolitik zu haben. Mit geteiltem Erfolg kann man vielfaches bewirken.“

Hermann Strahl,

*Geschäftsführer der Heinrich Böll Stiftung NRW,
rührt seit 20 Jahren immer mal mit
an den Rezepten aus der GAR-Küche.*

personalia



Heimkehrer Erich Hinderer

Neun Jahre war Erich Hinderer für die GAR im Einsatz. Nun ist er nach Thüngen in seine schwäbische Heimat gezogen. Er war unser „dienstältester“ Kollege, grünes Herz und Gedächtnis. Wer außer Erich wusste schon, welche Geschichten seinerzeit in der legendären GAR-Küche erzählt wurden und welche Lieder dort gesungen wurden, bei denen angeblich hin und wieder eine Gitarre den Ton angab. Erichs Gedächtnis war unbestechlich: Er war unser Binnenhistoriker, der Vorstandsbeschlüsse, Verhandlungsdetails und Persönlichkeiten kannte, von denen die grünschnäbeligen Kollegen keinen Schimmer hatten. Er war auch unser kollegiales Herz, sein ausgleichendes und freundliches Wesen hat uns erfreut und für ihn eingenommen. Und auf Erich war Verlass: Pünktlich wie ein Maurer und ebenso gründlich ging er zu Werke, wie es eben seine Art ist.

Erich ist durch und durch Schwabe. Gemütlich, jovial und humorvoll. Das Lieblingswort der Schwa-

ben heißt ja bekanntermaßen „Bausparvertrag“. So vergingen viele Jahre im nordrhein-westfälischen Exil bei der GAR, bis sein urschwäbischer Wunschtraum endlich Wirklichkeit wurde: Das eigene Häusle im Grünen.

Und auch sonst hat das Schwabenland allerlei Heimeliges zu bieten, was die Ausländer aus NRW und andere Reigschmeckten wohl nie richtig zu schätzen wissen. Hier geht's noch zünftig zu im Beizle (Wirtshaus) und das Essen ist besser als a Gosch voll Glufa (schmeckt nicht schlecht). Ob Schbädzla mid Soz (schwäbische Leibspeise), Rendsbröda (Rindsbraten), Mibble (Kassler), Moodschd (Apfelwein) oder Kmausbir (Mostbirne). Was hier auf den Tisch kommt, des is ebbas guads (ist ganz hervorragend).

Ach, lieber Erich! Wir wünschen dir im Schwabenland den Himmel auf Erden. Du fehlst uns sehr.

Die GAR-KollegInnen



Grüne in den Kommunen

Strippenzieher und Quälgeister

Was ist los vor Ort! Wer ist am Zug? Haben die Strippenzieher oder die Quälgeister in den Kommunen das Wort?

Diese Fragen hat sich Forum Kommunalpolitik zuletzt anlässlich der Kommunalwahl 1999 gestellt. In der Ausgabe 6.2000 „Die Oppositionsrolle neu lernen: Standbein oder Spielbein“ wurde der Standort der Grünen positioniert. Seinerzeit wurden zahlreiche Grüne Fraktionen aus der Gestalterrolle gekickt und neue XXX-Mehrheiten waren am Zug.

Bei der letzten Kommunalwahl 2004 wurden die Karten erneut gemischt. Die meisten Grünen haben seither in der Oppositionsrolle ihr Profil geschärft, der fliegende Machtwechsel ist selbstverständlicher geworden, mancherorts gibt es stabile Mehrheiten mit grüner Beteiligung, aber auch bunte Rollenspiele gehören zum Alltagsgeschäft. Vor Ort scheint es facettenreicher und pragmatischer zuzugehen. Manche Rolle, ob als Strippenzieher oder Quälgeist, ist da wohl auch in einer Person vereint. Daher haben wir Fraktionen mit unterschiedlichen Machtkonstellationen darum gebeten, ihre kommunale Gestalterrolle zu beschreiben und einige aktuelle kommunalpolitische Entwicklungen zum Thema gemacht.

Christa Heners beschreibt die langjährige schwarz-grüne Kooperation der Aachener Kreistagsfraktion und erläutert die Bedingungen einer produktiven Zusammenarbeit. Thomas Koch thematisiert wie in Wesel gleich vier Farben im Wechsel zusammenspielen. Thomas Marcinkowski berichtet, warum die harten grünen Oppositionsbänke in Münster zum Erfolg führen. Mit Karin Burzlaff geht es nach Beckum. Sie berichtet warum vier Frauen im Rat dort erfolgreich sind und wieso es zu diesem Genderwechsel gekommen ist. Horst Becker, der neue kommunalpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, beantwortet in einem Interview welche Aufgaben bei ihm anstehen. Matthias Dudde und Heinz Schröder haben sich gefragt, was Grüne tun sollten, wenn Rechte in den Kommunen nerven. Und schließlich geben Andrea Asch, Corinna Beck und Wolfgang Pieper einen Einblick in die Arbeit der beiden Landschaftsverbände.



Gut läuft es – und läuft – und läuft

Schwarz-Grün im Aachener Land

*Christa Heners
Geschäftsführerin der
grünen Fraktion
im Aachener Kreistag*

Die Grundlage für die aktuelle Zusammenarbeit zwischen Grünen und CDU im Kreis Aachen wurde bereits in der Zeit von 1994 bis 1999 gelegt. Damals fiel die Entscheidung der grünen Fraktion zu Gunsten der CDU, weil die negativen Erfahrungen mit den Sozialdemokraten aus der rot-grünen Zeit von 1984 bis 1987, der rot-schwarzen Zeit von 1987 bis 1989) und der rein roten Zeit von 1989 bis 1994 noch nachwirkten. In der schwarz-grünen Zeit von 1994 bis 1999 wurden viele Initiativen und Projekte begonnen, die noch heute Bestand haben.

1999 bekam die CDU die absolute Mehrheit, woraus so etwas wie „Schwarz-grün light“ wurde. Wir bekamen einige für uns wichtige Sitze in Gremien, in denen wir sonst nicht vertreten gewesen wären. Wir haben gemeinsame Haushalte verabschiedet, weil das schwarz-grüne Haushalte waren, da unsere Projekte sich dort wiederfanden – und wir haben auch den einen oder anderen Antrag gemeinsam gestellt. Manche politisch interessierte Menschen bekamen nicht einmal mit, dass es offiziell keine schwarz-grüne Kooperation mehr gab.

Mit der Kommunalwahl 2004 gab es neue Karten in einem neuen Spiel: Der neue Kreistag setzt sich zusammen aus einem schwarzen Landrat, 25 CDU-Abgeordneten, 18 SPDlern, fünf Grünen, je-

weils drei Abgeordnete von FDP und UWG sowie zwei Republikanern. Damit war die absolute CDU-Herrschaft vorüber und schwarz-grün wurde – obwohl es für die CDU Alternativen gab – neu aufgelegt.

Der Wille zählt

Das Besondere an der schwarz-grünen Zusammenarbeit im Kreis Aachen ist, dass sie gut funktioniert. Das ist, wie wir alle wissen, bei solchen Bündnissen nicht selbstverständlich. Unsere Kooperation funktioniert, weil die entscheidenden handelnden Personen vom Willen und nicht vom Zwang zur Zusammenarbeit getragen werden. Inzwischen kennen sich die Partner gut und können sich gegenseitig einschätzen. Es gibt Vertrauen und Verlässlichkeit. Gegenseitiger Respekt und ein freundlicher bis freundschaftlicher Umgangston prägen das Miteinander.

Klare Strukturen

Unsere Kooperation funktioniert aber auch, weil wir zusammen arbeiten. Es gibt klare Regeln für die Koordinierung der beiden Fraktionen, angefangen bei Vorgesprächen der AusschusssprecherInnen, über regelmäßige Kooperationstreffen in kleiner Runde, mit fester Tagesordnung jeweils vor den Fraktionssitzungen, bis hin zur gemeinsamen Vorbereitung der Ausschusssitzungen. Diese Strukturen ermöglichen ein frühzeitiges Erkennen von Meinungsverschiedenheiten und bieten ausreichend Zeit, um nach Lösungen oder Kompromissen zu suchen und im Konfliktfall klare Absprachen zu treffen, damit keiner das Gesicht verliert.

Unser Kooperationsvertrag enthält eine Pflicht zur Einigung bei Abstimmungen; auch Anträge werden gemeinsam gestellt. Zu vielen Themen wurden im Vertrag Grundsätze oder Zielvereinbarungen formuliert. Diese geben Verbindlichkeit, und lassen dennoch Handlungsspielräume.

Der inhaltliche Teil des Kooperationsvertrages zeigt deutlich, dass wir Grünen sorgfältig vorbereitet in die Verhandlungen gegangen sind, während der CDU eher allgemeine Leitlinien wichtig waren. Die Aussagen zu vielen grünen Themen wie Um-

*Klaus-Dieter Wolf, Chef der CDU-Fraktion (links) und
Albert Schiffer, Fraktionssprecher der GRÜNEN, bei einer unserer
grünen Fahrradtouren auf dem neuen Euregiobahnradweg.*



welt, Energie, Naturschutz, Kinderbetreuung, Verkehr, Migration sind konkret. Oft geht es dabei um die Fortführung und Weiterentwicklung unserer Erregenschaften aus den letzten Jahren.

Grüner Einsatz

Ohne Grüne gäbe es kein Dienstfahrzeug, das mit reinem Pflanzenöl fährt, keine Energieberatungsstelle, keine Förderung regenerativer Energien und kein Möbelrecycling. Ohne Grüne würde sich der Kreis Aachen wahrscheinlich aus der Gestaltung des Nationalparks Eifel und der Nutzung der Burg Vogelsang heraushalten. Der Verkehrslandeplatz in Merzbrück wäre möglicherweise schon ausgebaut worden, wenn wir nicht hartnäckig Widerstand geleistet hätten. Genauso hartnäckig haben wir für die Euregiobahn gekämpft, die ohne Grüne nicht so weit gediehen wäre.

Es gäbe keinen Arbeitskreis der kommunalen Ausländerbeiräte – ein Gremium, das auf Kreisebene normalerweise nicht vorgesehen ist – und keine ausländerrechtliche Beratungskommission für Härtefälle. Es gäbe kein Frauenhaus und die sozialen Verbände müssten jährlich um ihre Zuschüsse kämpfen. Hier haben wir mit dem Abschluss mehrjähriger Verträge Planungssicherheit geschaffen. Wir haben auch durchgesetzt, dass trotz Kürzung der Landesmittel die Schulsozialarbeit ausgeweitet werden konnte – obwohl es gegen einen wichtigen Haushaltsgrundsatz verstößt, wenn ausfallende Landesmittel durch Kreismittel ersetzt werden. Grün ist auch die Initiative zur Einrichtung einer Biomolkerei in der Eifel und der Beschluss zum Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft der fahrradfreundlichen Städte und Gemeinden. Und damit sind all unsere Initiativen noch längst nicht aufgezählt...

Jonglieren mit Fingerspitzen

Aber diese Zusammenarbeit hat neben den konkret zu benennenden Erfolgen auch atmosphärisch viel verändert: Wir Grünen sind nicht mehr die exotischen SpinnerInnen, sondern ernst zu nehmende und engagierte PolitikerInnen mit Ideen, Argumenten und brauchbarem Fachwissen. Das überzeugt! Wir sind stur, wenn es darum geht, unsere Positionen durchzusetzen oder zumindest deutlich zu machen. Aber wir können auch im richtigen Moment nachgeben, wenn unsere eigene Priorität nicht so hoch hängt und die Durchsetzbarkeit offensichtlich an der Schmerzgrenze des anderen scheitert. Für dieses Jonglieren mit Hartnäckigkeit und Nachgiebigkeit braucht man viel Fingerspitzengefühl. Wer hier das nötige Geschick beweist und sich seiner eigenen Prioritäten sicher ist, kann eine Menge erreichen.



Mit einer Flasche Pflanzenöl erinnern der grüne Fraktionssprecher Albert Schiffer (links) und die grüne stellvertretende Landrätin Aggi Majewsky (rechts) ihren Landrat Carl Meulenbergh an sein Versprechen, ein Dienstfahrzeug auf den Betrieb mit Pflanzenöl umrüsten zu lassen.

Es ist soweit. Landrat Carl Meulenbergh und seine grüne Stellvertreterin Aggi Majewsky betanken das neue Dienstfahrzeug mit Pflanzenöl.

Unspektakulär

Zurzeit stellt sich unsere schwarz-grüne Kooperation unspektakulär dar. Sie verläuft ruhig und gut eingespielt. Man hat sich an schwarz-grün gewöhnt, die CDU, die Grünen, die WählerInnen, die Verwaltung aber auch die Opposition. Vor elf Jahren war das alles noch sehr spannend. Wir mussten hart mit unserer grünen Mitgliedschaft um ein positives Votum für diese Koalition ringen und

wussten ja selber nicht, ob das Experiment gelingen würde. Doch mit dem Erfolg kam auch die Akzeptanz. Selbst einige scharfe KritikerInnen von Schwarz-grün haben das später in ihren eigenen Stadt- und Gemeinderäten ausprobiert und sind mit dieser Konstellation zufrieden.

Beispielhaft

So gibt es in Herzogenrath nach 40 Jahren SPD-Herrschaft durchgehend seit 1994 eine schwarz-grüne Zusammenarbeit. In Würselen wurde sie 1999 aufgelegt, leider hatte es dann letztes Jahr nach der Kommunalwahl nicht mehr gereicht. Und in Roetgen können Grüne und CDU jetzt auf ein Jahr erfolgreicher Zusammenarbeit zurückblicken. Allerdings kommt hier erschwerend ein SPD-Bürgermeister hinzu, der die Fraktionen sehr viel Kraft kostet.

Auf der kommunalen Ebene spielen Sachfragen eine größere Rolle als Ideologien. Ideologien schimmerten vor allem in den zurückliegenden Wahlkampfzeiten häufiger durch, wenn die Politik der rot-grünen Landes- oder Bundesregierung angeprangert wurde. Das führte gelegentlich zu grotesken Situationen in den Ausschüssen oder im Kreistag aber wir sind nicht nachtragend. Wahlkampf muss sein, und jetzt haben wir die Position, hemmungslos herummeckern zu können.

Als beispielhaft gilt das schwarz-grüne Modell im Kreis Aachen auch bei der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Schon mehrfach waren unsere Fraktionsspitzen mit ihren Erfahrungen gemeinsam als Referenten zu Veranstaltungen der Stiftung über schwarz-grün geladen.

+++Info+++

Kreis Aachen

Der Kreis Aachen ist ein heterogenes Gebilde. Im Süden gibt es drei kleine, ländliche Eifelkommunen, in der Mitte zwei Industriestädte und im Nordkreis vier ehemals vom Bergbau geprägte Städte. Diese drei verschiedenen Zonen umringen die kreisfreie Stadt Aachen, die nicht nur geografisch die Mitte, sondern auch gesellschaftlich das Oberzentrum bildet.

Man muss tief eingeweiht sein, um den Kreis Aachen und seine Aufgaben erklären zu können. Im Bewusstsein der Öffentlichkeit ist der Kreis eher abstrakt, viele sind bei den Kommunalwahlen erstaunt, dass sie auch noch einen Kreistag und einen Landrat wählen sollen. Gemeinsam mit der Stadt Aachen wurde fraktionsübergreifend vor einigen Jahren die Initiative gestartet, Stadt und Kreis in der StädteRegion zu vereinigen. Die StädteRegion soll dabei „Kreisaufgaben“ und regionale Aufgaben übernehmen, die kommunale Selbstverwaltung bleibt bei den Kommunen. Über die Gründung verschiedener Zweckverbände und eine entsprechende Gesetzesinitiative im Landtag wird die Entwicklung der StädteRegion vorangetrieben, damit zur nächsten Kommunalwahl 2009 die Vertretung der StädteRegion direkt gewählt werden kann.

Doch damit könnten wir leicht ein ganzes Heft des „Forum Kommunalpolitik“ füllen.

+++Politik Management 2006+++

PoMa-Kalender der Heinrich Böll Stiftung NRW

10. – 12.02. PraktikantInnen Start-Up	25. – 27.08 PraktikantInnen Start-Up
03. – 04.03 Rhetorik 1	11. – 13.09 Zeit-Management
06. – 08.03 Moderation 1	15. – 16.09 Rhetorik 3
10. – 12.03 Projekt-Management	16. – 17.09 Vom Häuptling zum Medizinmann
17. – 18.03 Netzwerke in der Politik	23. – 27.10 Werkstatt für Gesprächs- und Streitkultur
23. – 24.03 Text-Training	09. – 10.11 Text-Training
28. – 29.04 Rhetorik für Frauen	10. – 11.11 Politik und Theater
07. – 12.05 Kampagnen –Inszenierung & Öffentlichkeitsarbeit	13. – 15.11 Moderation II
12. – 13.05 Politik und Theater	17. – 18.11 Rhetorik 4
19. – 20.05 Politische Personalentwicklung	20. – 24.11 Grundlagen der Geschäftsführung
19. – 20.05 Rhetorik 2	01. – 03.12 Grundlagen der Vorstandsarbeit
09. – 10.06 Interviewtraining	
16. – 17.06 Foto-Training	

www.Politik-Management.de

Informationen über die gesamte Arbeit der Heinrich Böll Stiftung NRW
www.boell-nrw.de - info@boell-nrw.de - Fon: 0231 914404-0



*Thomas Koch
Fraktionsvorsitzender der
Grünen in Wesel*

Gestalten mit bunten Mehrheiten

Eine SPD-Bürgermeisterin mit der CDU als größte Fraktion, die keine Mehrheit hinter sich vereinigen kann. So ist die kommunalpolitische Ausgangslage in Wesel beschaffen, die in der Vergangenheit eher ungewöhnlich war und die nun durch die Entwicklungen im Bund gespiegelt wird. Doch der Umgang mit knappen Mehrheiten ist in Wesel ganz anders, denn es gibt keine große Koalition, sondern eine SPD-Minderheits-“Regierung“ mit interfraktionell inhaltlicher Vereinbarung. Bei den Personalien gibt es ein schwarz-rotes Abkommen, das auch die Neuwahl einer grünen Kämmerin beinhaltet.

Politischer Stil

Rechnerisch hätte es zwar für ein schwarz-grünes Bündnis gereicht. Doch die gerade beendete absolute CDU-Mehrheit mit schwachem Bürgermeister hatte derart negative Spuren hinterlassen, das die Zeit dafür nicht reif war. Inhaltliche Annäherungen waren nicht ausgeschlossen, aber das rüpelhaft, ignorante Gebaren einiger CDU-Anachronisten im Hinblick auf soziale und ökologische Zukunftsthemen hätte die grünen Befindlichkeiten wohl kaum zu einem verlässlichem, dauerhaften Miteinander führen können. Zudem kann sich die CDU bis heute nicht zwischen einer großen Koalition und einer Fundamentalopposition entscheiden. Ein bisschen Mitmachen, damit die eigenen Interessen nicht baden gehen, der CDU-Dezernent und der Leiter der Stadtwerke und Bäder soll ja noch von der SPD mitgewählt werden, scheint die Devise der CDU zu sein. Durch einen gestaltungsstarken SPD-Fraktionsvorsitzenden, der immer wieder große Mehrheiten über mehrere Fraktionen organisiert, wird diese Schwäche offensichtlich. Eine Beteiligungs- und Umarmungstaktik, die zumindest ein positiveres Image erzeugt als die ehemals konservative Ausgrenzungsmehrheit. In der inhaltlichen Vereinbarung von vier Fraktionen ohne FDP(!) steht zudem das Bemühen um einen ausgeglichenen Haushalt. Gut so, denn Wesel kann das weiterhin schaffen, wenn gemeinsam gespart wird. Genau an dieser Stelle wird es allerdings für uns Bündnisgrüne und unsere Kämmerin problematisch, denn CDU und SPD billigen sich gegenseitig weiterhin ganz mun-

ter die Straße hier, den Sportplatz da. Beim Thema Sparen wird es also schwierig, denn Grüne sind bei einer so integrativen Haltung verstärkt gefordert, eigene Ziele und Wünsche unterzubringen. Wenn dieses Engagement dann auch beim Sparen liegt, gibt es wenig Begeisterung bei den anderen Fraktionen. SPD und CDU tun sich hier auf Grund extremer Klientelpolitik wesentlich schwerer, als die kleinen, gemeinwohlorientierteren Bündnisgrünen. Gestaltungsfreiheit bei den Finanzen wird dann hemmungslos ausgenutzt, bis sie zwangsweise durch die tatsächlichen Haushaltszahlen genommen ist. Eine gemeinsame, freiwillige Haushaltskonsolidierungskommission hat auf Vorlage der Verwaltung Ergebnisse produziert, die rechnerisch in den Haushalt 2006 eingeplant wurden, tatsächlich aber politisch wieder korrigiert werden, wie am Beispiel Sporthallengebühren für Vereine oder freiem Parken schon jetzt zu sehen ist.

Bilanz

Gibt es am Ende also doch einen Selbstbedienungsladen der großen Koalition? Diese Frage lässt sich derzeit noch nicht beantworten. Gut war es für die Grünen in Wesel auf jeden Fall, eine moderne SPD-Bürgermeisterin schon bei der Kandidatur unterstützt zu haben. Es hat sich bewährt, dass wir nach der Wahl mit beiden großen Parteien, also auch mit der CDU, verhandelt haben. Gut ist weiterhin, eine bündnisgrüne Kämmerin installiert zu haben. Problematisch bleibt die Positionierung zum kommunalen Haushalt – auch gegenüber der eigenen Kämmerin. Eine solche Situation erfordert von einem Freizeitpolitiker ein sehr professionelles Verhalten, mit entsprechendem zeitlichen Einsatz und inhaltlichen Kompetenzen. Das ist für grünes Klientel in einem linken Kreis- und Landesverband, mit Betroffenheitsmotivation und Graswurzelattitüden aber immer noch nicht selbstverständlich. Bunte Mehrheiten bleiben also eine Herausforderung der besonderen Art.



Erfolgreich in der Opposition

Gute Arbeit und trockenes Brot in Münster

*Thomas Marcinkowski
Fraktionsgeschäftsführer der
Grünen in Münster*

Bei den letzten Kommunalwahlen 2004 erreichten wir Grünen in Münster mit 19,4 Prozent unser bislang bestes Wahlergebnis. Damit sind wir nur knapp unter der 20 Prozent-Marke geblieben. Diese große Resonanz hat uns allerdings nicht in die Position gebracht, die Geschicke der Stadt als „Mitregierende“ zu gestalten. Schwarz-gelb erreichte 50 Prozent der Sitze und die Stimme des CDU-Oberbürgermeisters sichert diesem Bündnis die Mehrheit. So müssen wir Münsteraner GRÜNEN weiterhin von den harten Oppositionsbänken aus agieren. Und damit haben wir Erfahrung: Seit 1979 – mit einer nur fünfjährigen Unterbrechung von 1994 bis 1999 – halten wir von hier aus die Stellung. Die vergleichsweise knappe Regierungszeit wirkt sich allerdings noch heute aus. Wir Grünen konnten seinerzeit zeigen, dass Ratsmehrheiten ohne CDU-Beteiligung nicht zum Untergang der Kommune führten – wie die CDU in Schreckensgemälden immer wieder weiszumachen versuchte – und dass auch Grüne qualifizierte Beigeordnete stellen und mit einem Koalitionspartner sachorientiert zusammenarbeiten. Beispielsweise führte die Nichtwiederwahl der grünen Kulturdezernentin durch die zu der Zeit mit absoluter Mehrheit regierende CDU zu breiter Kritik auch von SPD und FDP.

Grüne Fraktion leistet gute Arbeit

Da wir uns als kommunalpolitische Gruppierung bereits seit 1979 auf dem kommunalpolitischen Parkett bewegen, können wir auf eine gefestigte kommunalpolitische Tradition zurückblicken. Insgesamt 96 Personen, darunter auch die 14 Ratsmitglieder, arbeiten seit der letzten Kommunalwahl für die Grünen in verschiedenen Gremien, wie Ausschüssen, Aufsichtsräten oder Bezirksvertretungen. Dank der Größe unserer Fraktion können erfahrene und neue Mitglieder in den Gremien zusammenarbeiten und auch den Generationswechsel können wir im Auge behalten. Spätestens seit der rot-grünen Zeit hat sich in Münster der durchaus berechtigte Eindruck gefestigt, dass Grüne alle kommunalpolitisch relevanten Themen mit exzellentem Personal besetzen können. Und daran hat sich bis heute nichts geändert. So verwundert es denn auch nicht, dass der Inhalt vieler grüner Anträge zum Bestandteil der

entsprechenden Verwaltungsvorlagen wird.
Ratsanträge: www.gruene-muenster.de.

Schwarz-gelb: Oft nur Ideologie

Bei der Ausrichtung der gegenwärtigen Ratsmehrheit gibt die FDP die Richtung vor: das heißt Public Private Partnership-Modelle und das Zurückdrängen der wirtschaftlichen Betätigung der Stadt sind neue Lieblingsthemen.

So setzt die derzeitige schwarz-gelbe Koalition bei kommunalen Bauprojekten ungebremst auf Public Private Partnership. In der jüngsten Vergangenheit gab es daher heftige Kontroversen anlässlich von drei Mehrfach-Sporthallen und einer Kindertageseinrichtung. In beiden Fällen haben wir nachgewiesen, dass die Münsteraner SteuerzahlerInnen bei konventioneller Erstellungsweise durch die Stadt selbst jeweils um einen gut sechsstelligen Betrag billiger wegkommen – und das jährlich! Auch der Hinweis der Schwarz-gelben, PPP wäre doch für die rot-grüne Landesregierung und den grünen Bauminister das Modell der Wahl gewesen, ließ uns an einer genauen, an Zahlen orientierten Betrachtungsweise nicht abbringen – so halten wir an der Ablehnung dieser beiden Modelle fest.

Auch bei der Frage, ob die städtischen Abfallwirtschaftsbetriebe regionale Kooperation eingehen sollten oder nicht, sind die Auswirkungen für den Münsteraner Steuer- und Gebührenzahler nicht entscheidungserheblich, sondern ordnungspolitische Vorstellung nach wirtschaftlicher Nichtbetätigung der kommunalen Körperschaften geben den Ausschlag.

Hier sollten GAR und grüne Landtagsfraktion breit gegen die Pläne der CDU/FDP-Landesregierung zur Neufassung des § 107 GO NW Front machen. Eine entsprechende Absichtserklärung gab es ja schon auf dem kommunalpolitischen Ratschlag der Landtagsfraktion am 19.10.05.

Rot an schwarz-gelber Hand

Die Münsteraner SPD brachte gute fünf Jahre, um sich nach der rot-grünen Periode wieder als Opposition zu begreifen. Doch in drei zentralen Berei-



chen gehen die Roten eine unerfreuliche Allianz mit Schwarz-gelb ein: In diesen Bereichen hält diese Dreierallianz ohne Rücksicht auf ökologische und ökonomische Belange an alten Rezepten fest.

❑ *Der Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück (FMO)*

Während die Drei dem FMO unbedingt eine Interkontinentalanlandebahn spendieren wollen und sich davon ein Erstarren der Wirtschaft versprechen, kritisieren wir die Vergeudung von Steuermitteln. Allein für die erste Ausbaustufe sind rund 60 Millionen € für eine verkehrspolitische Weichenstellung mit negativen ökologischen Folgen veranschlagt.

❑ *Ein Parkhausbau in der Innenstadt*

Der Parkhausbau wird den Dreien grundsätzlich Übereinstimmend begrüßt, allein über Standort und Größe ist ein geradezu kleinkindhaft geführter Streit ausgebrochen. Die Frage jedoch, ob denn angesichts der Auslastungszahlen bestehender Parkhäuser ein Bau überhaupt notwendig ist und welche verkehrlichen Alternativen sich anbieten, stellen nur wir Grünen.

❑ *Großflächige angebotsorientierte Ausweitung von Gewerbe- und Industrieflächen*

Auch bei dem dritten Prestigeobjekt der Drei vermissen wir den kreativen Umgang mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Statt Unsummen in die Bereitstellung von Industrieflächen zu investieren, um dabei auch noch Kaltluftschneisen zu zerstören, sollten der Bestandspflege und der nachfrageorientierten Bereitstellung höhere Priorität zukommen.

Immer wieder: Kommunale Finanzen

Auch in Münster hat das Thema Finanzen mittlerweile höchste Bedeutung. Bereits in den vergan-

genen Jahren konnte der Verwaltungshaushalt nur über einen enormen Vermögenstransfer ausgeglichen werden. Allein aus den Stadtwerken – deren Verkauf durch Schwarzgelb nur durch einen erfolgreichen Bürgerentscheid, unter grüner Beteiligung, gestoppt werden konnte – wurden in den letzten drei Jahren mehr als 100 Mio. € in die Stadtkasse gelenkt. Für gut 70 Mio. € wurden Immobilien zu Gunsten konsumtiver Ausgaben zu Geld gemacht. Der Betrag läge nach Plan noch deutlich höher, doch so schnell kann das Liegenschaftsamt den städtischen Grund und Boden gar nicht an den Markt bringen. Der aktuelle Schuldenstand beträgt 665 Mio. €. Angesichts dieser finanziellen Lage fordern wir Grüne entsprechende Sparmaßnahmen.

Wir gehen davon aus, dass die Ratsmehrheit die Sparbeschlüsse fraktionsübergreifend beschließen möchte. Eine zentrale Voraussetzung für die grüne Beteiligung an entsprechenden Arbeitskreisen muss allerdings die Bereitschaft aller sein auf Leuchtturm- und Großprojekte zu verzichten, damit die entsprechenden Mittel auch in den Schuldenabbau gesteckt werden.

Mediale Resonanz gefragt

Ach grüne Rats-Politik muss verkauft werden. Und hierbei gibt es zunehmend Probleme: Münster hat zwei Lokalzeitungen. Eine davon ist stramm CDU-ausgerichtet, die zweite mit der geringeren Auflage, positioniert sich etwas offener. So erreicht die grüne Pressearbeit zwar die Zeitungsredaktionen, aber die LeserInnen bekommen davon kaum noch etwas mit. Darüber hinaus ist die lokalpolitische Berichterstattung generell rückläufig. Eine unserer nächsten Aufgaben, von Fraktion wie Partei, wird also darin bestehen, andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit ins Visier zu nehmen.



Genderoffensive in Beckum

Vier Frauen im Rat

Karin Burtzloff
Geschäftsführerin der grünen
Ratsfraktion Beckum



Ein Rückblick in die Geschichte unseres Beckumer Ortsverbandes zeigt einen kontinuierlichen Genderwechsel von einer reinen Männerfraktion zu unserer aktuellen Frauenfraktion. Als die Beckumer Grünen nach einem großartigen Wahlsieg im Jahr 1984 mit sechs Sitzen zum ersten Mal in den Beckumer Stadtrat einzogen, waren es die Männer, die auf Grund der Besetzung der vorderen Listenplätze ihren Platz im Rat einnahmen.

In der Deckung

Bereits 1984 war die paritätische Listenbesetzung bei Bündnis 90/Die Grünen verankert. Jedoch zeigte sich schnell, dass es Frauen trotz ausgezeichneter Qualifikation auf Grund familiärer Bedingungen – wie Kindererziehung, bei gleichzeitiger Berufstätigkeit

und mangelnder Kinderbetreuung – nicht möglich war, die zusätzliche Belastung der Ratsarbeit auf sich zu nehmen. Vielleicht waren die Frauen auch noch nicht bereit, diesen ersten schweren Schritt von einer politisch interessierten Mitarbeit zu einer umfangreichen professionellen Ratsarbeit zu gehen. Mit wenig Erfahrung und unzureichenden Kenntnissen über die kommunalpolitische Arbeit in die erste Reihe zu treten, entsprach wohl eher dem Selbstverständnis der Männer, während sich die Frauen sehr erfolgreich auf die Arbeit in den Ausschüssen und in den verschiedenen Gremien konzentrierten. Durch diese beständige sachkundige Mitarbeit sowie

die Besetzung von verantwortlichen Positionen im Ortsverband und die aktive Beteiligung in der Fraktionsarbeit, haben wir Frauen viele Entwicklungen in der Kommune initiiert, mitgestaltet und grüne Politik vorangetrieben. Dank Initiative und Unterstützung grüner Frauen sind in Beckum Vereine wie „Frauen helfen Frauen“, „Kontaktstelle gegen sexualisierte Gewalt“ und das „Mütterzentrum“ entstanden: Diese inzwischen wichtigen Institutionen in Beckum können sich in der heutigen Zeit auf die Akzeptanz und Förderung



aller Parteien verlassen.

Genderwechsel auf Kurs

Nach Rückschlägen bei den zwei darauffolgenden Kommunalwahlen, mit dem damit verbundenen Rücktritt unseres Fraktionsvorsitzenden, waren es dann die Frauen, die sich für einen engagierten Wahlkampf stark machten. Zu diesem Zeitpunkt zogen sich einige männliche Mitglieder unseres Ortsverbandes zurück – der hohe Stimmverlust nach

dem ersten grandiosen Wahlsieg setzte ihnen zu. Sie fühlten sich in ihrer politischen Arbeit nicht weiter bestätigt. Vor der Kommunalwahl 1994 gab es viele Akteure, die darauf verzichten wollten in Beckum anzutreten. Die Kritik an der Bundes- und Landespolitik der Grünen war zu groß, und die zahlreichen Austritte waren keine gute Ausgangsbasis für ein erfolgreiches Abschneiden der Grünen. Doch mit dem Motto „Nicht reden – handeln“, das sich in einer diskussionsreichen und kontroversen Klausurtagung durchsetzte, schafften es die Grünen dann doch, drei Ratsmandate zu halten. Diese Listenplätze wurden dann mit einem Mann und zwei Frauen besetzt. Da die Verluste der Grünen im Kreis Warendorf hoch waren, war das ein großer Erfolg und bestätigte diejenigen, die auch weiterhin zu den gewählten politischen VertreterInnen gehören wollten. Die aktiven Frauen erhielten das Votum der Mitgliederversammlung. Sie wurden auf die vorderen Listenplätze gesetzt und konnten damit in den Beckumer Stadtrat einziehen.

Bei der Aufstellung der Reserveliste für die Kommunalwahl 2004 war der Genderwechsel dann vollständig: Fünf Frauen auf den vorderen Listenplätzen! Mit vereinten Kräften und viel persönlichem Engagement haben wir ein überzeugendes Wahlprogramm aufgestellt und für unsere provokanten Wahlplakate mit dem Motto: „Beckum braucht mehr Hausfrauen – mehr Rathausfrauen!“ großen Zuspruch erhalten. So konnten wir dann mit vier Frauen in den Beckumer Stadtrat einziehen.

Weiblicher Stil?

Was sind die Gründe für dieses gute Abschneiden, denn es hätte ja auch schlechter ausgehen können, da eine reine Frauenfraktion nicht nur positiv betrachtet wird. Zum einen sind wir sicher, dass es uns gelungen ist, in den letzten Jahren glaubwürdig grüne Politik zu vermitteln, sachverständig, kompetent und tolerant aufzutreten. Zum anderen haben wir es geschafft, eine gute Form der Zusammenarbeit mit Ratsfrauen anderer Parteien zu entwickeln. Dazu kommt natürlich, dass wir vier Ratsfrauen nicht nur politisch aktiv sind, sondern in anderen kulturellen und sozialen Einrichtungen aktiv mitarbeiten und uns dadurch einen hohen Bekanntheitsgrad und eine große Akzeptanz in der Beckumer Bevölkerung erworben haben. Das macht die grüne politische Arbeit natürlich auch für andere Frauen interessanter, und so konnten wir weitere interessierte Frauen für unseren Ortsverband gewinnen.

Wie sieht der Umgang im Rat und in den Ausschüssen aus? Einen „schweren Stand“ haben wir Frauen in einigen so genannten „typisch männlichen“ Ausschüssen – dort wird uns unterschwel-

lig mangelnde Fachkenntnis vorgeworfen. Diese Meinung müssen wir durch sehr gute Vorbereitung und Recherchen abbauen – was uns gelingt. Eine Eigenschaft hilft uns bei der Bewältigung der Ratsarbeit: Frauen sind kommunikativ! Durch zahlreiche Gespräche mit Frauen und Männern anderer Parteien, und durchaus freundschaftlicher Kontakte im Rat, können wir Informationen einholen, die für unsere Entscheidungsfindung hilfreich sind. Verbale Angriffe persönlicher Natur erleben wir so gut wie nie. Unsere grünen Anträge werden in der Regel für gut und sinnvoll erachtet. Jedoch bei der Abstimmung im Rat gibt dann oft das parteipolitische Kalkül den Ausschlag und nicht die angemessene Sachpolitik für die Stadt.

Blick nach vorn

Wir wollen auch weiterhin engagierte grüne Politik machen! Mit Frauen und Männern, die interessiert sind, in Beckum kommunalpolitisch aktiv zu sein und mitzugestalten. Mittlerweile sind auch bei uns Männer aktiv, bisher noch im Hintergrund, aber unser Bestreben geht dahin, aus einer reinen Frauenfraktion eine paritätische Fraktion zu bilden. Parität hat bei uns – entgegen der aktuellen Situation – absolute Priorität. Die Weichen dazu sind gestellt. Wir vertreten unsere Ziele selbstbewusst. Wir möchten, dass grüne Frauen und Männer in die verantwortlichen Schlüsselpositionen gelangen – und wir sind zuversichtlich, dass uns auch das in Beckum gelingen wird.

Wir wollen auch weiterhin engagierte grüne Politik machen.





Neuer Kommunalpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion

Horst Becker im Gespräch

Horst Becker heißt der neue kommunalpolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion. Er wurde 1956 in Köln geboren und ist seit 1982 Grüner. Horst Becker war lange in der Kommunalpolitik und in der Regionalpolitik im Kölner Raum und im Rhein-Sieg Kreis aktiv. Er hat im Landschaftsverband Rheinland, im Kreistag Rhein-Sieg und im Regionalrat Köln mitgewirkt. Weiterhin ist er Sprecher des Bezirksverbandes Mittelrhein und war bis zur Landtagswahl einer der Sprecher der LAG-Verkehr. Seine kommunalpolitischen Wurzeln liegen in Lohmar. Dort konnte er dazu beitragen, dass die Grünen bei der Kommunalwahl 2004 mit einem Ergebnis von 25,5% noch vor der SPD ins Ziel kamen. Nun kann er seine Erfahrungen im Landtag einbringen.

Forum *Bei der Aufstellung der Reserveliste für den Landtag hast du von den Delegierten fast so viele Gegenstimmen wie Ja-Stimmen erhalten. Du polarisierst also! Woran liegt das?*

Horst Becker: Ich habe einen etwas anderen Blick auf die Listenaufstellung. Mehrere amtierende Landtagsabgeordnete kamen nicht wieder auf einen aussichtsreichen Platz, während ich als einziger nicht amtierender männlicher Landtagsabgeordneter neu in den Landtag kam. Da ist eine knappe Mehrheit nicht verwunderlich, sondern für mich sehr erfreulich. Klar ist aber auch: Ich habe in den letzten zehn Jahren immer mit Klartext für Inhalte gestritten, die den GRÜNEN auf den Ebenen, auf denen ich gearbeitet habe, wichtig waren, wie das Nachtflugverbot in Köln/Bonn. Dabei bin ich Konflikten nicht aus dem Weg gegangen und sicherlich manchen manchmal auch auf die Füße getreten. Auch wenn ich inzwischen versuche, alles etwas ruhiger anzugehen.

Forum *Welche Funktionen nimmst du in der Landtagsfraktion wahr?*

Horst Becker: Neben der Funktion des Sprechers für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform, bin ich Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Städtebau und Wohnen, sowie im Finanzausschuss. Für den Bereich Städtebau und Wohnen habe ich die Sprecherrolle übernommen und im Verkehrsbereich bearbeite ich federführend den Luftverkehr. Im Haushalts- und Finanzausschuss

kümmere ich mich hauptsächlich um die Sparkassenpolitik und die kommunalen Finanzen.

Forum *Wie kam es dazu, dass du kommunalpolitischer Sprecher wurdest?*

Horst Becker: Ewald Groth, der dieses Amt ja sehr intensiv ausgefüllt hat und in den kommunalen Spitzenverbänden hohes Ansehen genießt, ist mit Platz 16 der Reserveliste nicht mehr in den Landtag gekommen. Also musste einer von den 12 Abgeordneten der neuen Fraktion gefunden werden, der dieses Amt übernimmt. Auf Grund meiner 20-jährigen Arbeit auf den verschiedenen Ebenen, Stadt, Kreis, Landschaftsverband und Regionalrat bringe ich Erfahrungen mit und kenne viele Probleme aus eigener Anschauung. Die Diskussion um die Verwaltungsstrukturreform kenne ich seit den 90er Jahren und habe sie in der GRÜNEN Fraktion im Landschaftsverband Rheinland zunächst mit Jens Petring und später mit Andrea Asch verfolgt und unsere Standpunkte mit erarbeitet. Da lag es nahe, dass die Fraktion entschied, dass ich diese Aufgabe übernehme.

Forum *Gab es für dich in der Kommunalpolitik ein Schlüsselerlebnis, das deine Arbeit im Landtag prägen wird?*

Horst Becker: In meiner kommunalpolitischen Arbeit gab es viele Schlüsselerlebnisse, in Koalitionen und in der Opposition. Zwei wesentliche Einschnitte waren für mich die Einführung der hauptamtlichen BürgermeisterInnen und der Wegfall der 5%-Klausel. Beides hat nach meiner Meinung die Möglichkeiten zur demokratischen Kontrolle von Mehrheiten und Verwaltung geschwächt. Bei den hauptamtlichen BürgermeisterInnen ist die Neigung zum Abheben vielerorts sichtbar. Die Aufsplitterung der Räte in immer mehr Fraktionen und Einzelbewerber führt dazu, dass die Öffentlichkeit die Fraktionen im Rat immer weniger wahrnimmt, weil die Presse die Positionen immer undifferenzierter darstellt. Die Fokussierung auf die hauptamtlichen BürgermeisterInnen, bei gleichzeitiger Zersplitterung der Räte, führt zu einer gefährlichen Entmachtung der Räte.

Forum Was hast du als kommunalpolitischer Sprecher in der nächsten Zeit vor?

Horst Becker: Besonders liegt mir aber am Herzen, dass die Entscheidungsstrukturen in den Stadt- und Gemeinderäten sowie den Kreistagen sich nicht immer mehr auf die hauptamtlichen Bürgermeister und die Verwaltungen konzentrieren. Als Gegengewicht und für die demokratische Kontrolle sind gerade die kleinen und mittelgroßen Fraktionen wichtig. Ihre Rechte müssen gestärkt und nicht geschwächt werden. Das wird schwer, weil die schwarz-gelbe Koalition in die entgegengesetzte Richtung marschiert. So soll nach meinen Informationen das Recht der Zuschneidung der Dezernate vom Rat auf die Bürgermeister übergehen.

Forum Was ist dein wichtigstes Projekt, das du angehen möchtest?

Horst Becker: Es gibt eine Reihe von Projekten, die anstehen. Zunächst geht es um das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG). Ich rechne zurzeit damit, dass die CDU/FDP-Koalition ihre Haushaltsprobleme auf dem Rücken der Kommunen lösen will und den Verbundsatz senken wird. Insofern wird das eine Hauptauseinandersetzungslinie ab ca. Dezember; dann sollen die Eckdaten für das GFG vorgelegt werden. Dies steht den vollmundigen Ankündigungen aus den Zeiten der Opposition entgegen und wird der Koalition noch einige Schwierigkeiten machen, beispielsweise mit den kommunalen Spitzenverbänden! Auch die Auseinandersetzung um die von schwarz-gelb geplanten Veränderungen der Bürgermeisteramtzeit und der Wegfall der Stichwahl steht bald an. Dazu habe ich bereits am 19. Oktober einen Ratschlag organisiert, bei dem sich die Anwesenden mehrheitlich gegen eine Verlängerung der Amtszeit ausgesprochen haben. Am 6.11., auf dem LPR, soll eine Meinungsbildung der Partei zu diesem Thema herbeigeführt werden, damit ich auf dieser Basis für uns GRÜNE eine Position im Landtag einnehmen kann.

Daneben stehen in der nächsten Zeit Vorstöße gegen die Verschärfung des § 107 GO NW an, mit der CDU/FDP aus ideologischen Gründen die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen erschweren wollen. Hier, und bei der Forderung nach Wegfall der Gewerbesteuer im schwarz-gelben Koalitionsvertrag, wird es einen engen Schulterschluss zwischen uns GRÜNEN und den kommunalen Spitzenverbänden geben. Diese wehren sich schon jetzt gegen eine Reihe der Vorgaben aus dem Koalitionsvertrag von CDU und FDP - wie den geplanten Wegfall der Grundschulbezirke!

Im nächsten Jahr werden wir uns intensiv mit der Frage Kumulieren/Panaschieren beschäftigen. Es ist die Frage zu klären, ob wir uns als GRÜNE eher auf das Modell Bayern, Baden-Württemberg

oder Niedersachsen zubewegen wollen. Die ersten beiden hätten beispielsweise den völligen Wegfall von Wahlkreisen zur Folge, das letztere wäre ein „Kumulieren-Light“-Modell mit nur drei Stimmen.

Forum Gibt es dabei ein Thema, das dir besonders viel bedeutet?

Horst Becker: Ja, dass in der GO NW tatsächlich für die Ausschuss- und die Gremienbesetzung sowie die Wahl der stellvertretenden BürgermeisterInnen Hare-Niemeyer als Rechenverfahren eingeführt wird. Das ist gerade für die GRÜNEN im ländlichen Raum und in kleineren Räten immens wichtig für die Stärkung der dortigen Mitwirkungsrechte.

Forum Welchen Ort würdest du einem Gast zeigen, der dir am Herzen liegt?

Horst Becker: Es gibt viele schöne Orte im südlichen Rheinland. Wenn es in der näheren Umgebung meines Heimatortes wäre, würde ich einen Spaziergang durch das Naafbachtal oder die Wahner Heide vorschlagen. Beides sind Naturräume, die einzigartig sind. Das Naafbachtal, ein Tal ohne Kreuzung von Verkehrswegen, war lange durch die Talsperrenplanung vor Bebauung geschützt. Heute ist es vor Zerstörung – durch die von Bärbel Höhn vorgenommene Meldung als FFH-Gebiet – geschützt. Die Wahner Heide ist eine ganz besondere Heidelandschaft mit einmaligen Pflanzengesellschaften in NRW und den größten Sanddünen in NRW.

Forum Vielen Dank für das Gespräch und weiterhin einen guten Start.

Das Gespräch führte Dunja Briese

Stellenausschreibung

Der Bezirksverband Ruhr von Bündnis 90/Die Grünen sucht zum 1. Februar 2006

eine Geschäftsführerin/einen Geschäftsführer

auf der Basis eines Minijobs (400 Euro/Monat)
Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden pro Woche.
Arbeitsort ist vornehmlich Bochum.

Zum Aufgabenbereich gehören u.a.:

- Kontaktpflege nach innen und außen sowie zu grünen Gremien (Ortsverbände, Kreisverbände, Landesverband),
- Zuarbeit für den Vorstand,
- Vor- und Nachbereitung von Sitzungen,
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit dem Vorstand.

Wir suchen eine engagierte Persönlichkeit, die kreativ und selbstständig arbeitet. Die Bereitschaft zur gelegentlichen Wahrnehmung von Abendterminen wird erwartet. Bei gleicher Qualifikation werden Frauen bevorzugt.

Fundierte EDV-Kenntnisse sowie eine hohe Kommunikationskompetenz und ausgeprägte Teamfähigkeit setzen wir voraus.

Die Mitgliedschaft bei Bündnis 90/Die Grünen oder Erfahrungen in grün-alternativen Strukturen sind wünschenswert, aber keine Bedingung.

Aussagekräftige schriftliche Bewerbungen mit Lichtbild, Lebenslauf, Zeugnisabschriften und ggf. Referenzen bis zum 15. Dezember 2005 an:

**Bündnis 90/Die Grünen · Bezirksverband Ruhr
c/o Kreisverband Essen · Limbecker Straße 48-50 · 45127 Essen**



Konsequente Öffentlichkeitsarbeit



Wenn „Rechte“ nerven

Matthias Dudde (oben)

*AG Grundrechte und Demokratie
im KV Dortmund*

Heinz Schröder

*AG Grundrechte und Demokratie
im KV Dortmund*

Bei den Landtags- und Bundestagswahlen in diesem Jahr hat die „Volksfront Rechts“, das Listenbündnis von NPD und DVU, mit jeweils knapp unter ein Prozent der Stimmen ihr Ziel verfehlt, in die Parlamente einzuziehen. Trotzdem konnten rechtsextreme Parteien in den letzten Jahren neue stabile Wählergruppen gewinnen.

Rechte Bündnisse

Die NPD wurde bei der NRW Landtagswahl von 73.959 Menschen gewählt (2000: 2.357). Ähnlich ist das NRW-Ergebnis bei der Bundestagswahl 2005: 97.166 Menschen wählten NPD-Direktkandidaten (Erststimme; 2002: 3.686) und 80.512 Menschen gaben der NPD die Zweitstimme (2002: 25.883). Grund zur Beunruhigung bleibt also, zumal die NPD in NRW mit Themen wie „Arbeitsplatzsicherung für Deutsche“, „nationaler Geborgenheit“, „sozialer Gerechtigkeit“, „Recht und Ordnung“ oder Landschafts- und Umweltschutz weiter versuchen wird, verunsicherte und benachteiligte Menschen zu gewinnen.

Auch Neonazi-Gruppierungen ohne Parteibindung – wie die „Freien Kameradschaften“, der „Nationale Widerstand“ oder die „Autonomen Nationalisten“ – haben sich stabilisiert. Mitgliederzahl und Sympathisantenkreis sind gestiegen wie ihre öffentlichen Auftritte in Form von Demonstrationen und Kundgebungen. Sie konnten sich besser organisieren, unterhalten in NRW ein Netzwerk an Läden und Vertriebsstrukturen und treten öffentlich selbstbewusster auf. In Dortmund beispielsweise suggerieren Neonazi-Kader ihrer Gefolgschaft, es gäbe keinen nennenswerten Widerstand mehr, wer es dennoch wage sich ihnen in den Weg zu stellen, müsse mit Konsequenzen rechnen. „Dortmund ist unsere Stadt“, ist auf neuen T-Shirts der „Kameradschaft Dortmund“ zu lesen.

Keine Illusionen

Für GRÜNE rücken damit die Mitglieder von NPD, DVU und REPs in den NRW-Gemeindevertretungen und die zu erwartenden zahlreichen Aktivitäten von Neonazis im außerparlamentarischen Bereich in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN haben auf ihrer BDK in Kiel 2004 einen Beschluss zum „Umgang mit Rechtsextremisten in den Parlamenten“ gefasst. Als wichtiges Ziel ist dort festgehalten: „Rechtsextremisten dürfen in der Öffentlichkeit nicht als ‘ganz normale’ Gemeinderäte oder Abgeordnete erscheinen. Es muss deutlich werden, dass diese die Werte- und Rechtsordnung des Grundgesetzes nicht anerkennen.“

Über die gemeinsamen Zielsetzungen der unterschiedlichen Neonazi-Gruppierungen darf man sich keine Illusionen machen: Demokratie soll ersetzt werden durch ein totalitäres System im Sinne des NS-Staates. Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt verdeutlichte in einem Interview im September 2004, dass die BRD ebenso abgewickelt werden soll wie die DDR. Dies könne durch „revolutionäre Veränderungen“, aber auch über die Wahlurne erreicht werden. Hitler wäre ein „großer deutscher Staatsmann“ gewesen (Verfassungsschutz NRW: „Ermittlungsverfahren gegen den NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt“). Diese Zielsetzung wird bei vielen kommunalen Themen nur bedingt deutlich. Offensichtlich ist aber die Strategie durch die Teilnahme am parlamentarischen Geschehen mit ihren Themen und Personen stärker in die Öffentlichkeit zu kommen.

Öffentlichkeit schaffen

Daher fordert der GRÜNE BDK-Beschluss: „Wir werden die Öffentlichkeit über das Auftreten und die Anträge der Rechtsextremisten informieren und ihren rassistischen, antisemitischen und autoritären Charakter deutlich machen.“ In NRW ist dies keine gängige Praxis. In vielen Gemeindevertretungen wird verunsichert reagiert. Hier folgt man oft dem Vorschlag, sich mit DVU- und NPD-Vertretern nicht öffentlich auseinander zu setzen. Unterstützt wird diese Strategie oft von der Lokalpresse, die nur bei spektakulären Auftritten über außerparlamentarische Neonazi-Aktivitäten berichtet. 2001 forderte auch der damalige NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement ein Konzept der „Leeren Straßen“, wenn Neonazis marschieren. Ignorieren schade ihnen, reagieren werte sie lediglich auf. Die Gefahr dieser Strategie ist, dass die Zivilgesellschaft

ihrer politischen Verantwortung nicht nachkommt und öffentlich nicht wahrgenommen wird.

Es gibt durchaus Möglichkeiten Rechtsextremisten durch eine konsequente entlarvende Öffentlichkeitsarbeit die Suppe zu versalzen. In Dortmund beispielsweise gelang dies, als Neonazis mit gezielt populistischen Kampagnen, die von ihnen unterstellte schweigende Mehrheit für ihre Ziele zu mobilisieren versuchten: weder die Kampagne „Todesstrafe für Kinderschänder“ nach einem Mord an einem Kind in Dortmund-Scharnhorst, noch die Kampagne „Nein zu Multi-Kulti“, die sich gegen das Projekt eines Moschee- und Altenheimbaus am Grimmelsiepen in Dortmund-Hörde wendete, bewirkte ihren Zweck. So gab es in diesen Bezirken für die Neonazis keinen spontanen Applaus und im Nachhinein keine nennenswerten Wahlerfolge für die NPD.

Erheblich geschadet hat den Neonazis die offensive Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums NRW im Zusammenhang mit der Verteilung der bisherigen drei „Schulhof-CDs“. Schulen und Jugendeinrichtungen waren über Inhalt und Zweck der CDs informiert, nur wenige dieser CDs konnten mit Erfolg verteilt werden. Zudem gibt es inzwischen eine von der FH Düsseldorf und dem Bielefelder Verein „Argumente & Kultur gegen Rechts e.V.“ herausgegebene „Argumentationshilfe gegen die Schulhof-CD der NPD“, welche nicht verschleiert und verschweigt, sondern zur offenen Auseinandersetzung beitragen will.

Populismus begrenzen

In diesem Sinn ist eine weitere handlungsbezogene Forderung aus dem GRÜNEN BDK-Antrag wichtig: „Wir BündnisGrüne streben gemeinsame Erklärungen der demokratischen Parteien gegen die Rechtsextremisten in den Parlamenten an, die die gemeinsamen Grundwerte hervorheben, zu denen sich alle Demokraten bekennen.“ In NRW-Gemeinden hat es derartige Erklärungen bislang eher zu den außerparlamentarischen Aktivitäten von Neonazis gegeben, zumeist im Zusammenhang mit Aufmärschen und Kundgebungen. Aber auch gegen Nazi-Läden hat es parteiübergreifende Resolutionen gegeben, beispielsweise 2003 in Gelsenkirchen-Ost gegen den Naziladen „Viking-Ship“ und in Dortmund gegen den Szeneladen „Buy or die“ (heute: „Donnerschlag“). Diese Resolution beschreibt die Funktion dieses Ladens für die rechtsextremistische Szene in Dortmund und appelliert an die VermieterInnen im Stadtbezirk, nicht an Neonazis zu vermieten und bestehende Mietverträge schnellstmöglich zu beenden. Bei unmittelbar erfahrbaren neonazistischen Aktivitäten im lokalen Umfeld, so zeigt die Erfahrung GRÜNER Mitglieder in den Gemeinden,

ist es relativ leicht auch die VertreterInnen der CDU für gemeinsame Erklärungen zu gewinnen.

Dabei darf die öffentliche politische Auseinandersetzung den Neonazis keine Bühne für ihre vorgeschobenen populistischen Versprechungen bieten. Sie muss vielmehr deren wahre Absichten entlarven. Wo dies nicht möglich ist, ist die Auseinandersetzung nicht-öffentlich zu führen. Nur Ignorieren, Verharmlosen oder gar Wegschauen sollte nicht Bestandteil GRÜNER Kommunalpolitik sein.

Aktivitäten im Stadtteil

In Dortmund haben sich „Runde Tische“ bewährt, die bislang in drei Stadtbezirken bestehen. Hier kommen VertreterInnen aus Parteien, Kirchen, Behörden und Vereinen zusammen um Beobachtungen auszutauschen, Zusammenhänge zu analysieren und nach Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns zu suchen.

Ein zentrales lokales Arbeitsfeld ist die Jugendarbeit, denn hier versuchen Neonazis gezielt Angebote zu machen und Jugendliche anzuwerben. Die Jugendarbeit sollte zwischen dem Jugend- und dem Schulamt abgestimmt werden, damit der Informationsaustausch gewährleistet ist. Ein wichtiges Ziel dabei ist, den Kindern und Jugendlichen, die sich für ein gewaltfreies Zusammenleben und für demokratische Ziele engagieren, eine öffentliche Bühne zu bieten. GRÜNE können in ihren Gemeinden für eine Teilnahme an den Programmen der Bundesregierung gegen Fremdenfeindlichkeit werben oder durch die Stiftung eines Preises eigene Öffentlichkeit schaffen.



Engagement für Teilhabe und Integration

Grüne Politik im Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)

*Wolfgang Pieper
Geschäftsführer der grünen
Fraktion im Landschafts-
verband Westfalen-Lippe*

Der Landschaftsverband als höherer Kommunalverband erledigte seit über 30 Jahren vielfältige Aufgaben, die die einzelnen Kreise und kreisfreien Städte in dieser Form nicht wahrnehmen können. Seit rund zwanzig Jahren ist kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit diesen Aufgaben und die Art ihrer Erledigung Aufgabe der bündnisgrünen Fraktion, bis heute in der Oppositionsrolle, gegenüber einer informellen Großen Koalition.

Lobby für Behinderte

In einem Punkt jedoch herrscht fraktions-übergreifende Einigkeit: Menschen mit Behinderungen, die in Westfalen-Lippe leben, wohnen und arbeiten sollen im Landschaftsverband eine Lobby haben. Es ist die größte und finanziell umfangreichste Aufgabe des LWL – die Arbeit und die Kostenträgerschaft für die vielfältigen Formen der Eingliederung von Menschen mit Behinderungen über die Eingliederungshilfe. Drei Viertel des gesamten LWL-Etats von rund 2,2 Mrd. € in 2005 werden in den Bereichen Soziales, Pflege und Rehabilitation verausgabt, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen macht allein 60% des Gesamtetats aus.

Dabei wird die Eingliederungshilfe kommunal finanziert, denn der LWL refinanziert sich weitgehend über die Landschaftsumlage von den Kreisen und kreisfreien Städten. Seit Jahren fordern Bündnis 90/DIE GRÜNEN ein Leistungsgesetz des Bundes, das den Menschen mit Behinderungen eine sichere Grundlage ihres Lebens gewährt. Die Debatte über ein Bundesteilhabegeld ist für uns ein positiver Ansatz in diese Richtung.

Engagement für Integration

Über 20 Jahre GRÜNE im Landschaftsverband Westfalen-Lippe bedeuten darüber hinaus Engagement für Teilhabe und Integration statt Ausgrenzung, für den Erhalt und Ausbau qualitativer Standards in den Schulen, Kliniken und Pflegeeinrichtungen des LWL, für Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung, für die Stärkung kultureller Klammern in Westfalen-Lippe, für eine ökologische Vorbildfunktion des LWL, für die Stärkung der kom-

munalen Selbstverwaltung und für eine solide und verlässliche Finanz- und Umlagepolitik des Verbandes.

Verwaltungsreform?

Als mit der Kommunalwahl 1984 erstmals GRÜNE Abgeordnete in die Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe einzogen, stand die Forderung nach Abschaffung der Landschaftsverbände ganz oben auf ihrer Agenda. Seinerzeit wurde diese Politik-Ebene von vielen gar nicht wahrgenommen und konnte daher auch nur sehr eingeschränkt beurteilt werden.

In der aktuellen Debatte zur Verwaltungsreform in Nordrhein-Westfalen vertreten die LWL-GRÜNEN den Standpunkt, dass eine dezidierte Aufgabenkritik an einem entscheidenden Punkt gemessen werden muss: Wer bestehende Strukturen durch neue ersetzen will, muss den Nachweis erbringen, dass damit die Aufgaben noch qualifizierter, effizienter und kostengünstiger bewältigt werden können. Die Ausgleichsfunktion der Landschaftsverbände und ihre Versorgungsaufgaben kann man nicht ohne Qualitätsverluste ersetzen.

Weitere Informationen finden sich in unseren Rechenschaftsberichten und Veröffentlichungen, auf der Webseite der LWL-Fraktion: www.lwl-gruene.de oder auf Anfrage unter Tel. 0251/591245 oder lwlgruen@muenster.de.

+++LWL kurz & knapp+++

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) arbeitet als Kommunalverband mit 13.000 Beschäftigten für 8,5 Millionen Menschen in der Region Westfalen. Mit seinen 36 Schulen, 17 Krankenhäusern, 17 Museen und als einer der größten Sozialhilfezahler Deutschlands erfüllt der LWL Aufgaben im sozialen Bereich, in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und in der Kultur. Die 9 kreisfreien Städte und 18 Kreise in Westfalen-Lippe sind Mitglieder des LWL. Sie tragen und finanzieren den Landschaftsverband, der durch ein Parlament mit 100 Mitgliedern aus den Kommunen politisch begleitet und kontrolliert wird.

Bündnisse, Aufgaben, Ziele

Grüne Politik im Landschaftsverband Rheinland (LVR)

Forum Die grüne LVR-Fraktion war in der letzten Wahlperiode in der Opposition, nun arbeitet ihr seit einem Jahr mit FDP und SPD in einer Koalition zusammen. Wie kam dieses ungewöhnliche Bündnis zustande?

Andrea Asch: Durch das Wahlergebnis war eine Mehrheit jenseits der CDU möglich. Aber es gab eine politische und sagen wir menschlich-kulturelle Nähe zwischen den handelnden Personen, die zu diesem Bündnis führte. Die Kommunikationsunfähigkeit der CDU und ihre harsche Haltung in der letzten Wahlperiode gegenüber uns und der FDP tat ein Übriges dazu.

Forum Was habt ihr erreicht und wie bewertet Ihr euer Bündnis?

Corinna Beck: Die Haushaltsberatungen am Anfang des Jahres haben gezeigt, dass wir trotz mancher Hemmnisse seitens der Verwaltung schon viele unserer vereinbarten Ziele umsetzen konnten. Wir haben ein Programm „Sonne im LVR“ installiert, das die Einrichtung von Photovoltaikanlagen, aber auch andere ökologische Optimierungen möglich macht. Wir haben begonnen, den Schwerpunkt der Integration umzusetzen. Hierzu gehört die Einrichtung von Ambulanzen für MigrantInnen an den Rheinischen Kliniken, aber auch die Rückkehr zur Gleichbehandlung behinderter Kinder. Sowohl der Sonderkindergarten, als auch der Besuch der integrativen Gruppe ist wieder beitragsfrei. Ein Programm, den Trägern Anreize zum Umsteuern auf das betreute Wohnen zu geben, ist auf den Weg gebracht. Durch unsere Unterstützung ist die Schule für Hörgeschädigte in Düsseldorf zur Offenen Ganztagschule geworden .

Forum Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten gibt es zwischen den beiden Landschaftsverbänden?

Corinna Beck: Der Aufgabenkanon ist ja im Wesentlichen gleich, abgesehen von einigen regionalen Besonderheiten. Aber wir können schon deutliche Unterschiede in der Gestaltung feststellen. Beispielsweise bei der Betreuung behinderter Kinder. Der LWL setzte damals auf Sonderkindergärten und Einzelintegration. Im LVR lag der Schwerpunkt auf der integrativen Gruppe. Die Einzelinte-

gration wurde im LVR erst durch unsere Koalition als Ergänzung zur integrativen Gruppe ermöglicht. Unterschiede sind vor allem in der letzten Wahlperiode aufgetreten: Unter der Ägide der CDU wehte im LWL ein noch schärferer Wind, dabei sind viele soziale Standards geopfert worden.

Forum Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem Schwesterverband aus?

Corinna Beck: Die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen ist einfach und professionell, so gibt es zum Beispiel zweimal jährlich ein Treffen auf Vorstandsebene. Im Idealfall gelingt es uns durch diese Zusammenarbeit auch mal über Bande zu spielen. Auf Seiten der Verwaltung gestaltet sich die Kooperation oft schwieriger.

Forum Welche Aufgaben werden in den nächsten Jahren auf euch zukommen?

Andrea Asch: Wir wollen, dass der LVR weiterhin Qualität für Menschen bietet, es wird also um die Sicherung sozialer Standards gehen. Dies ist bei steigenden Fallzahlen in der Behindertenhilfe und einer zunehmenden Entsolidarisierung in der Gesellschaft eine schwierige Aufgabe. Hier muss auch der Bund im Sinne eines Leistungsgesetzes für Menschen mit Behinderung Farbe bekennen. Wir müssen das betreute Wohnen zum Erfolgsmodell machen, aus sozialen Gründen im Sinne von Teilhabe und Normalität, aber auch finanzpolitisch.



Andrea Asch (oben)
Mitglied des Fraktionsvorstandes und MdL



Corinna Beck
Stellvertretende Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland

+++LVR kurz & knapp+++

Der LVR übernimmt als Kommunalverband vornehmlich in den Bereichen Psychiatrie, Soziales, Schulen und Kultur überörtliche Aufgaben für die 27 angeschlossenen Kreise und Kommunen. So z.B. Leistungen zur Unterstützung und Integration für rund 70.000 behinderte Menschen. 7000 Kinder und Jugendliche mit körperlichen und Sinnes-Behinderungen werden in 38 Spezialschulen unterrichtet. Insgesamt sind beim Landschaftsverband Rheinland über 12.000 Menschen beschäftigt. Der Etat von gut 3 Milliarden Euro wird dabei zur Hälfte durch die Umlage der Städte und Kreise finanziert. Die Landschaftsversammlung, die sich nach den jeweiligen Kommunalwahlergebnissen zusammensetzt, kontrolliert die Verwaltung.

Das Transparenzverfahren der Verbraucherzentrale NRW

Mondpreis oder plausible Abrechnung vom Stadtwerk?

Verbraucherinnen und Verbraucher werden als Akteure im Energiesektor immer wichtiger. Das zeigt sich am heftigen Verbraucherprotest gegen die steigenden Gaspreise. Die mit großer Schärfe geführte Auseinandersetzung zeigt, dass die Liberalisierung der Energiewirtschaft erst jetzt in der Bürgergesellschaft „ankommt“. Die Verbraucher fordern Teilhabe am Wettbewerb und marktgerechte Strukturen. Sie kritisieren, dass die Energiewirtschaft als „Staat im Staate“ agiert. Die Energiewirtschaft muss sich daher künftig als Teil der Zivilgesellschaft verstehen, die Zeit der Sonderrechte aus überkommenen Monopolstrukturen ist vorbei. Dazu gehört beispielsweise, dass der zivilrechtliche Anspruch von Verbrauchern gegenüber „ihrem“ Stadtwerk auf Billigkeit von Preisen und möglicherweise gerichtliche Festsetzung des billigen Preises als regulatorisches Konzept anerkannt wird. Das jüngst ergangene BGH-Urteil, das der Stromhändler „Lichtblick“ gegen den Mannheimer Energieversorger MVV erwirkt hat, weist in diese Richtung. Danach ist die zivilrechtliche Billigkeitsprüfung das Prüfraster, vor dem sogar behördliche Regulierungen Bestand haben müssen.

Glaubwürdigkeit beschädigt

Die billige Preisfestsetzung bei Dauerschuldverhältnissen wie der Gasversorgung basiert darauf, dass die Preisänderung vom Anbieter so plausibel begründet ist, dass sie von den Verbrauchern akzeptiert wird und ihre Interessen hinreichend gewürdigt sind. Gibt es ein Glaubwürdigkeitsproblem, kann die Forderung z.B. nach Preiserhöhung von den Verbrauchern strittig gestellt werden. Dann entscheidet das Gericht. Hierzu muss der Anbieter seine Kalkulation so weit offen legen, dass das Gericht sie beurteilen kann. Das ist der Wirkmechanismus des § 315 BGB.

Das Glaubwürdigkeitsproblem ist bei den Gasversorgern enorm und hausgemacht. Stadtwerke, die drastische Preissteigerungen mit nebulösen Kopplungen des Gaspreises an den Ölpreis begründen und die eine Offenlegung ihrer Kalkulation mit aberwitzigen Gründe rundheraus ablehnen, müssen sich nicht wundern, wenn die Verbraucher die Zahlung der Preiserhöhung verweigern oder mit Vorbehaltszahlungen reagieren.

Weil die Versorger sich diesem Druck nach Offenlegung ihrer Kalkulation bisher entzogen haben, hat die Verbraucherzentrale Hamburg den Spieß jetzt herumgedreht. Sie unterstützt eine Klagegemeinschaft von Kunden der e.on Hanse. Eine Feststellungsklage soll dazu führen, dass die letzten Preiserhöhungen aufgrund Unbilligkeit als nichtig angesehen werden. Das Landgericht Hamburg hat tatsächlich in der ersten Runde e.on Hanse aufgefordert, die Kalkulation offen zu legen. Der Versorger wird dem jetzt nachkommen. Aber ob der Streit damit rasch beigelegt werden kann, bleibt offen. Dieses Verfahren wird wohl kaum schon in der ersten Instanz entschieden werden.

Einheitliches Prüfverfahren

Der gerichtliche Weg ist wichtig, um gesetzlich verbrieft Prinzipien durchzusetzen. Als „Standardlösung“, wenn das Prinzip anerkannt wird, ist ein weniger zeitraubender Weg sinnvoll. Dafür hat die Verbraucherzentrale NRW jetzt ein Transparenzverfahren entwickelt, dem sich Stadtwerke anschließen können, die nicht mit dem Vorlieferanten verflochten sind. Wer seine Preiserhöhungen mit gestiegenen Bezugsbedingungen begründet, soll gegenüber einem Wirtschaftsprüfer nachweisen, dass das Unternehmen tatsächlich an der Preiserhöhung des Vorlieferanten nichts verdient und auch keine Quersubventionierung in andere Versorgungssparten und andere Verbrauchergruppen erfolgt. Wesentlich ist, dass für alle zu prüfenden Unternehmen ein einheitliches Prüfverfahren verwendet wird, das mit der Verbraucherzentrale NRW abzustimmen ist. Die Verbraucherzentrale erhält dann ein qualifiziertes Testat mit relevanten Daten, anhand dessen nachvollzogen werden kann, ob die Begründung für die Preiserhöhung zutreffend ist. Damit Extraverdienste aus bereits vollzogenen Preiserhöhungen ausgeschlossen werden können, wird das Verfahren rückwirkend zum 1. Januar 2003 angewendet. Wer in der Vergangenheit nach diesen Kriterien unzulässige Preiserhöhung vollzogen hat, muss den Überhang entweder durch Preissenkungen abbauen oder mit künftigen Preiserhöhungen des Vorlieferanten verrechnen.

Mehr Transparenz

Ziel des Transparenzverfahrens ist, Vertrauen bei VerbraucherInnen zu schaffen, dass das Unternehmen an der Preiserhöhung des Vorlieferanten nichts verdient – entsprechende Befürchtungen waren ja auch Auslöser für die jüngsten Verbraucherproteste. Damit ist jedoch nichts darüber gesagt, ob die Netzentgelte angemessen sind – wenn die Bundesnetzagentur hier Verstöße feststellt, wird sie entsprechende Preissenkungen verlangen. Damit ist ebenfalls nicht gesagt, dass das Preisniveau insgesamt „stimmig“ ist – wenn die Kartellbehörde hier Mängel feststellen sollte, wird sie ebenfalls tätig werden können. Das wurde in einem Gespräch zwischen Verbraucherzentrale NRW und der Landeskartellbehörde ausdrücklich und einvernehmlich festgestellt. Denn letztlich wird Verbrauchervertrauen erreicht, wenn nicht nur die Preisanhebung, sondern der Preis insgesamt als gerecht empfunden wird. Um auch diesem Aspekt Rechnung zu tragen, wird die Verbraucherzentrale NRW die Gesamtpreise der Unternehmen für drei „typische“ Verbrauchsfälle in einer öffentlich zugänglichen Datenbank veröffentlichen.

Mit dem Transparenzverfahren wird eine interessante Dynamik in Gang gesetzt. Denn wenn glaubhaft ausgeschlossen ist, dass das Stadtwerk an einer Preiserhöhung verdient, wird sogleich die Frage „wer dann?“ aufgeworfen. Hat das Stadtwerk vielleicht Möglichkeiten ungenutzt gelassen, günstigere Preise vom Vorlieferanten zu erhalten? Sind die Netzentgelte oder das Preisniveau insgesamt schon vor dem Stichtag 1. Januar 2003 überhöht? Tatsächlich steckt der Löwenanteil an „Wertschöpfung“ der Erdgasversorgung beim örtlichen Versorger. Wer sich als Versorger auf das Transparenzverfahren einlässt, wird sich der weiter gehenden gesellschaftlichen Debatte stellen müssen. Genau das ist eine weitere Intention der Verbraucherzentrale NRW.

Monopolbildung

Das Transparenzverfahren kann nur dann genutzt werden, wenn der Gasversorger nicht von seinem Vorlieferanten wirtschaftlich beherrscht wird. Denn wenn der Vorlieferant das Beschaffungsverhalten des Stadtwerks aufgrund der Kapitalverflechtung kontrollieren kann, ist eine auf Vertrauen basierende Transparenzprüfung obsolet. In diesen Fällen führt an der gerichtlichen Billigkeitsprüfung kein Weg vorbei. Nur: nach welchen Maßstäben soll das Gericht den billigen Preis festsetzen, wenn das Stadtwerk aufgrund der Vorlieferantenbindung kein Interesse hat, marktgerechte Konditionen auszuhandeln, und auch der Vorlieferantenpreis mögli-

cherweise ein „Mondpreis“ ist? Hier ist noch kein praktikables Verfahren in Sicht.

Hier wird ein erhebliches Dilemma sichtbar, in dem jetzt die Kommunen stecken, die Stadtwerksanteile an Vorlieferanten verkauft haben. Kommunale Daseinsvorsorge in der Energieversorgung wird unter Wettbewerbsbedingungen nicht mehr als „Milchkuh“ für Transferleistungen in andere Bereiche der Daseinsvorsorge, die strukturell defizitär sind, genutzt werden können, sondern hat eine herausragende Rolle der öffentlichen Gewährsträgerschaft des natürlichen Monopols „Netzbetrieb“. Dann müssen jedoch Energieerzeugung und Handel, die wettbewerblich organisierbar sind, konsequent eigentumsrechtlich vom „natürlichen Monopol“ Netzbetrieb entflochten werden.

*Helmfried Meinel
Verbraucherzentrale NRW*

So schön kann Fliegen sein

Regionalrat verhindert Flughafenausbau Mönchengladbach

Am 29. September beschloss der Regionalrat des Regierungsbezirkes Düsseldorf überraschend, keine Änderung des Gebietsentwicklungsplanes (GEP) vorzunehmen, der den Ausbau des Flughafens Mönchengladbach und damit eine Landbahnverlängerung von 1,2 Km auf 2,4 Km vorsah. Damit folgte der Regionalrat einem Antrag der grünen Fraktion, der namentlich und mit Stimmgleichheit abgestimmt wurde. Die sechsköpfige grüne Regionalratsfraktion stimmte geschlossen gegen die Erweiterung des Flughafengeländes, die SPD votierte überwiegend für den Ausbau, CDU und FDP waren gespalten.

Damit wurde die Auseinandersetzung und Mobilisierung zahlreicher Bürgerinitiativen belohnt. Die Gegner des Ausbaus konnten zurecht auf die vorhandenen Überkapazitäten bei den Regionalflughäfen hinweisen. Diese bedeuten selbst nach Darstellung einer Studie der Deutschen Bank Research i.d.R. „eine Verschwendung von knappen öffentlichen Mitteln“ der „gegenseitige Kannibalisierungseffekte“ zur Folge habe.

Die Strategie der Flughafen - Düsseldorf GmbH (mit ihren Anteilseignern Hochtief und Stadt Düsseldorf), den in ihrem Mehrheitsbesitz befindlichen Flughafen Mönchengladbach zum (ergänzenden) Systemflughafen auszubauen, ist damit vorerst gescheitert.

*Manfred Krause
Sprecher der bündnisgrünen Regionalratsgruppe*

Kuriosum am Rande

Der Regionalratsvorsitzende, Flughafenausbaubefürworter und schlagzeilenkräftige Düsseldorfer Oberbürgermeister Erwin kam stark verspätet direkt aus Chicago (!) zur Sitzung, die so mit Verspätung begann. Der CDU-Fraktionsvorsitzende, ebenfalls ein Ausbaufreund, hingegen hatte einen zeitigen Abflugtermin vom Düsseldorfer Flughafen und verpasste dadurch die Abstimmung. Seine fehlende Stimme war wahlentscheidend. So schön kann Fliegen sein!

Ausschuss für Zuwanderung und Integration in Essen

Partizipation von MigrantInnen neu gedacht

Die politische Partizipation von MigrantInnen ist ein wichtiger Integrationsfaktor unserer Demokratie. Gerade der Kommune kommt dabei eine wichtige Rolle zu, denn politisches Engagement beginnt vor Ort. Bedauerlicherweise gibt es kein kommunales Wahlrecht für Ausländer, so dass dieses Defizit bis heute von den Integrationsbeiräten kompensiert werden muss. Diese haben wesentlich dazu beigetragen, die politische Teilhabe von MigrantInnen überhaupt zu ermöglichen.

Beiräte überholt

Doch der Zuschnitt von Ausländerbeiräten, der vor 30 Jahren erfolgte, ist inzwischen überholt und muss sich wandeln um zukunftsfähig zu sein. Zunächst gilt es die Ursachen für die seit Jahren sinkende politische Partizipation an Wahlen nüchtern zur Kenntnis zu nehmen. Es ist nicht die viel beklagte mangelnde finanzielle oder personelle Ausstattung, sondern in erster Linie die veränderte Zusammensetzung der Wahlbevölkerung, die das Interesse an den Beiratswahlen bei den nichtdeutschen Einwohnern sinken lässt:

- Die durch Erweiterung der EU nochmals vergrößerte Gruppe der EU-Bürger sieht sich rechtlich nicht mehr diskriminiert und ist deshalb nur noch wenig motiviert, zusätzlich zu ihrem kommunalen Wahlrecht noch das Wahlrecht für die Migrationbeiratswahlen auszuüben.
- Der durch die rot-grüne Bundesregierung eingeleitete Paradigmenwechsel in der Einwanderungspolitik hat mit der zunehmenden Einbürgerung gerade jüngerer MigrantInnen politische Beteiligungsmöglichkeiten eröffnet, die die Mehrheit der MigrantInnen vor 30 Jahren noch nicht hatten. Ausländer- bzw. Integrationsbeiräte haben eben nicht mehr das Monopol der politischen Betätigung für MigrantInnen.
- Die soziale Vernetzung der Ausländer untereinander bestimmt sich heute weniger über die Herkunft. Die MigrantInnenbevölkerung ist wesentlich heterogener und vielfältiger. Diese zunehmende Differenz spiegelt sich auch in den Interessenlagen wider.

Neuer Zuschnitt

Um aus der Sackgasse des Integrations(bei)ratmodells heraus zu kommen und das Querschnittsthema Migration politisch angemessener behandeln zu können, wurde in Essen zur Kommunalwahl 2004 von allen Ratsfraktionen ein Ausschuss für Zuwanderung und Integration als Ratsausschuss gebildet. In diesem seit Februar 2005 nach intensiven Diskussionen mit dem Integrationsbeiratsmitgliedern konstituierten neuen Ratsausschuss haben die Ratsmitglieder, die Gemeindeordnung schreibt dies explizit vor, die Mehrheit. Aber laut einstimmiger Ratsentscheidung sind acht Mitglieder des Integrationsbeirates (bewusst je ein Vertreter aller im Beirat repräsentierten Listen) gleichzeitig beratende Mitglieder im Ausschuss für Zuwanderung und Integration. Sie wurden auf einstimmigen Vorschlag des Integrationsbeirates als sachkundige Einwohner/innen in den Ausschuss gewählt. Damit wird schon deutlich: Ratsausschuss und Integrationsbeirat sind keine Konkurrenzorgane, sondern personell miteinander verflochten und ergänzen sich gegenseitig. Doch dieser Ausschuss hat ein wesentlich höheres Gewicht bei der Konzeption und Umsetzung der gesamtstädtischen Integrationsaufgabe, denn die Vertreter der MigrantInnen sind unmittelbare Mitglieder in einem kommunalen Entscheidungsorgan, das über Maßnahmen und Richtungsvorgaben entscheidet. Sie sind direkt in die Abstimmungsprozesse eingebunden und können daher auch direkten Einfluss nehmen.

Mit der Bildung eines ordentlichen Ratsausschusses – zusätzlich zur bereits seit fast dreißig Jahren bestehenden Beiratskonstruktion des Integrationsbeirates – hat die politische Partizipation von MigrantInnen eine erhebliche Aufwertung erfahren, die der steigende Bedeutung des Politikfeldes „Integration“ mit all seiner Vielschichtigkeit Rechnung trägt.

Burak Copur

*Migrationspolitischer Sprecher der Grünen
im Rat der Stadt Essen und Vorsitzender
des Ausschusses für Zuwanderung und Integration*

Vertretung in den Landschaftsverbänden und Regionalräten

Keine Sitze für unabhängige Wählergemeinschaften

Nach dem Ergebnis der Kommunalwahl richtet sich auch die Zusammensetzung der Landschaftsversammlung bei den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen sowie die der bei den Bezirksregierungen gebildeten Regionalräte.

Zu den Kommunalwahlen kandidieren vielerorts unabhängige Wählergemeinschaften, die auch in der Landschaftsversammlung oder im Regionalrat vertreten sein möchten. Das ist grundsätzlich möglich, in der Regel verfügt eine örtliche Wählergemeinschaft jedoch nicht über die für einen Sitz notwendige Stimmzahl. Deshalb stellt sich die Frage, ob die Stimmen der örtlichen „UWG“-en zusammengezählt werden können. In der Vergangenheit war das teilweise der Fall. Bis zu den Kommunalwahlen 2004 waren etwa in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe drei Mitglieder von unabhängigen Wählergemeinschaften vertreten.

Klagen erfolglos

Die im „Landesverband der freien und unabhängigen Bürger- und Wählergemeinschaften Nordrhein-Westfalen“, einem eingetragenen Verein, zusammengeschlossenen Wählergemeinschaften machten daher geltend, künftig in den Landschaftsversammlungen sowie in den Regionalräten vertreten zu sein. Würde das Ergebnis aller unabhängigen Wählergemeinschaften im Bereich der Bezirksregierung Münster addiert, würde auf die unabhängigen Wählergemeinschaften ein Sitz im Regionalrat entfallen – den ansonsten die Grünen erhielten.

Die Reserveliste, die vom „Landesverband“ der unabhängigen Wählergemeinschaften aufgestellt worden ist, wurde indessen von der Bezirksregierung abgelehnt und zwar zu recht. Denn bei dem „Landesverband“ handelt es sich nicht um eine Wählergruppe, sondern um einen Zusammenschluss von Wählergruppen. Wählergruppen sind nach § 15 Abs. 1 des Kommunalwahlgesetzes Zusammenschlüsse von Wahlberechtigten. Im Landesverband der unabhängigen Wählergemeinschaften sind indessen keine Wahlberechtigten zusammengeschlossen, sondern einzelne örtliche Wählergemeinschaften.

Im Hinblick auf die Versagung der Zulassung bei der Sitzverteilung für die Landschaftsversammlung sowie für die Regionalräte, hat der Landesver-

band gerichtliche Eilverfahren eingeleitet. Diese blieben, auch in zweiter Instanz, erfolglos.¹

Noch zu klären

Das Oberverwaltungsgericht hatte allerdings in seiner Entscheidung im Eilverfahren offen gelassen, ob „das gesetzlich vorgesehene Verfahren zur Bildung der Landschaftsversammlung allgemein und hier speziell mit Rücksicht auf die nicht zur Aufstellung von Reservelisten befugten Vereinigungen geeignet ist, die erforderliche demokratische Legitimation des Landschaftsverbandes zu vermitteln“. Es sei deshalb in einem Hauptsacheverfahren zu prüfen, ob „etwa in Anwendung der Grundsätze verfassungskonforme Auslegungen auch ein Zusammenschluss von Wählergruppen als Gruppe von Wahlberechtigten zu behandeln sei“. Die Auseinandersetzung geht also weiter. Berührt sind grundsätzliche Fragen des Wahlrechts. Bei dem Landesverband der unabhängigen Wählergemeinschaft handelt es sich nämlich nicht um eine Wählergemeinschaft, sondern um eine Zählgemeinschaft. Einzelne organisatorisch voneinander unabhängige Listen, die sich vor Ort zur Wahl stellen, werfen die auf sie entfallenden Stimmen in einen Topf. Damit handelt es sich letztlich um eine Zählgemeinschaft, die verfassungsrechtlich grundsätzlich unzulässig ist, wie das Bundesverwaltungsgericht in der viel beachteten „Tönnisvorst“ Entscheidung feststellte.² Darüber hinaus ist es auch politisch fragwürdig, die Stimmen der örtlichen Wählergemeinschaften zu addieren. Denn eine unabhängige Wählergemeinschaft in Ahaus hat wohl kaum politische Verbindungen mit einer unabhängigen Wählergemeinschaft etwa in Münster.

Inzwischen liegt eine erste Entscheidung im Hauptsacheverfahren vor. Das Verwaltungsgericht Arnsberg hat die auf die Beteiligung an der Verteilung der Sitze im Regionalrat der Bezirksregierung Arnsberg gerichtete Klage des Landesverbandes am 28.10.2005 abgewiesen und ist in der Begründung der Entscheidung im Eilverfahren gefolgt.³ Ob der Landesverband der Wählergemeinschaften sich damit begnügt, bleibt abzuwarten.

Wilhelm Achelpöhlner

Fachanwalt für Verwaltungsrecht in Münster

Anmerkungen:

¹ Vgl. etwa OVG NW, Beschluss vom 08.12.2004, Az.: 15 B 2458/04

² BVerwG, Urteil vom 10.12.2003, Az.: 8 C 18.03

³ VG Arnsberg, Az.: 12 K 4057/04

Auswirkungen des Halle-Urteils des Europäischen Gerichtshofes

Privatisierung bringt Kommunen ins Kreuzfeuer

Das Halle-Urteil des Europäischen Gerichtshofes hat erstmalig grundsätzlich geklärt, dass kommunale Auftragsvergaben ab dem Schwellenwert von 5 Mio. € bei baurechtlichen Vergaben oder von 200.000 € bei Beschaffung und Dienstleistungen an eine städtische Tochter auch mit Minderheitenbeteiligung seitens privater Dritter keine Inhouse-Geschäfte und damit ausschreibungspflichtig sind (Forum Kommunalpolitik berichtete in Ausgabe 2.2005). Mittlerweile werden die dramatischen Folgen dieser Entscheidung sichtbar. Die Lage stellt sich folgendermaßen dar: Hat eine Kommune einen Vertrag mit einer solchen gemischtwirtschaftlichen Gesellschaft geschlossen – ohne diesen auszu-schreiben – zum Beispiel bei der Vergabe der Müllabfuhr, ist dieser Vertrag formalrechtlich gültig. Ein Verstoß gegen die vergaberechtlichen Vorschriften führt nicht zur Nichtigkeit der abgeschlossenen Verträge. Es gilt „Verträge sind einzuhalten“. Gleichzeitig hat der Europäische Gerichtshof festgestellt, dass er Schadensersatzansprüche benachteiligter

Firmen bei Vorliegen der Voraussetzung für grundsätzlich gerechtfertigt hält. Die Europäische Kommission versucht unterdessen Zwangsgelder wegen fortdauernden Verstoßes gegen Europäisches Recht gegen die Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen. So hat die Kommission in einem Fall in Braunschweig beim Europäischen Gerichtshof beantragt ein Zwangsgeld in Höhe von 126.720 Euro pro Tag festzusetzen. Die Stadt Braunschweig hat inzwischen den Vertrag gekündigt. Nach Auffassung des Städte- und Gemeindebundes ist eine Kündigung dann auch das Mittel der Wahl, sofern sie denn überhaupt möglich ist und der Vertrag von städtischer Seite ein Kündigungsrecht vorsieht. Ist dies nicht der Fall kann die Privatisierung die Kommune teuer zu stehen kommen; die Kommune steht dann von allen Seiten unter Druck. Aus Brüssel drohen Zwangsgelder und die Kommune muss mit Schadensersatzansprüchen der benachteiligten Firmen bzw. des Vertragspartners rechnen. Schöner Müll! (IS)

EU im Wettbewerb

Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen

Schon ab 236.000 € sind Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge öffentlich auszuschreiben, Bauaufträgen ab rund 6 Mio. €. Davon ist eine immer größer werdende Anzahl kommunaler Aufträge betroffen. In vielen Kommunen wird dabei allein auf den Preis gesehen, dabei sind durchaus weitergehende Kriterien festgelegt. Welche das regelt die Richtlinie 2004/18/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Koordination der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge. Die öffentlichen Auftraggeber können ihre Aufträge nach verschiedenen Kriterien bezüglich des Auftragsgegenstandes gewichten; dazu gehören unter anderem: Qualität, Preis, technischer Wert, Ästhetik und Zweckmäßigkeit, Umwelteigenschaften, Betriebskosten, Rentabilität, Kundendienst und technische Unterstützung, Lieferfrist, Ausführungsdauer. Der öffentliche Auftraggeber muss allerdings die Gewichtung der einzelnen Kriterien genau angeben. Sind zum Beispiel Umweltschutzkriterien

öffentlich ausgeschrieben und im Leistungsverzeichnis oder in der Bekanntmachung genannt, ist das Diskriminierungsverbot nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs auch nicht gegeben, wenn nur eine beschränkte Zahl von Unternehmen diese Kriterien erfüllen können. Die Stadt Helsinki hatte den gesamten innerstädtischen Busverkehr ausgeschrieben, bei dem drei Kategorien von Kriterien berücksichtigt wurden nämlich der Gesamtpreis, die Qualität des Fuhrparks und das Qualitäts- und Umweltkonzept des Verkehrsunternehmens. Ausgewählt wurde dann ein Unternehmen, das Zusatzpunkte für erdgasbetriebene Busse bzw. deren niedrige Stickstoffemissionen und Lärmpegel bekam. Der unterlegene Konkurrent hatte geklagt, weil nur jenes Unternehmen einen Fuhrpark mit Erdgasbussen hätte anbieten können. Die Richter jedoch entschieden, dass grundsätzlich jedes Unternehmen die Möglichkeit dazu gehabt hätte und brach damit die Lanze für Umweltkriterien.

(IS)

Kurzkomentar

Neues Kommunales Finanzmanagement

Am 1. Januar 2005 ist für Kommunen in NRW ein neues Haushaltsrecht in Kraft getreten. Die Kameeralistik soll bis spätestens 2009 durch ein kaufmännisches Buchungs- und Rechnungswesen ersetzt werden.

Der Kurzkomentar Neues Kommunales Finanzmanagement erläutert die wesentlichen Veränderungen. Im ersten Teil werden die Grundzüge der Reformüberlegungen und die wesentlichen Inhalte und Begrifflichkeiten dargestellt. Im zweiten Teil werden die gesetzlichen Grundlagen, also die Änderungen in der Gemeindeordnung und die neue Gemeindehaushaltsverordnung kommentiert. In der Kommentierung werden plausible Schwerpunkte gesetzt und Unterschiede und Gemeinsamkeiten

zum bisherigen kameraleen Recht verdeutlicht. Die Autoren Freytag, Hamacher und Wohland bringen hierbei ihre Erfahrungen aus dem Modellprojekt „Doppischer Kommunalhaushalt in NRW“ ein.

Das Buch bietet eine gute Orientierung im Neuen Kommunales Finanzmanagement. Es stellt den Gesamtrahmen dar und gibt zusätzlich Hilfen bei den besonders schwierigen Fragen wie der Bewertung von Vermögen oder den neuen geänderten und erweiterten Aufgaben der Rechnungsprüfung.

Die Autoren betreuen auch eine Internetseite mit laufenden und weitergehenden Informationen zu dem Umstellungsprozess unter

www.nkf-kommentar.de

(IS)



*Dieter Freytag
Claus Hamacher
Andreas Wohland
Neues Kommunales
Finanzmanagement
Kurzkomentar
Kohlhammer Verlag
Reihe kommunaler Schriften
für Nordrhein-Westfalen
1. Aufl., 308 Seiten
39,80 €
ISBN 3-555-30439-9*

Grundlagen – Verfahren – Perspektiven

Denkmalschutz und Denkmalpflege in der kommunalen Praxis

Viele Gremien der kommunalen Selbstverwaltung wie Bauausschuss, Kulturausschuss, Bezirksvertretung und nicht zuletzt der Rat müssen sich regelmäßig mit Fragen der Denkmalpflege beschäftigen. Mit dem hier vorliegenden Buch haben die Autoren Walter Ollenik, Leiter der Denkmalbehörde Hattingen und Dr. Jörg Heimeshoff, Leiter der Denkmalbehörde der Landeshauptstadt Düsseldorf, einen umfassenden und anschaulichen Überblick über das Denkmalschutzgesetz vorgelegt. Einführend geht es um die Geschichte des Denkmalschutzes in Deutschland und die heutigen gesetzlichen Grundlagen der Denkmalpflege in NRW. Da Denkmalschutz eine gemeinsame Aufgabe von Ländern und Kommunen ist, werden die 16 Denkmalschutzgesetze der Länder in ihren wichtigsten Grundsätzen verglichen und die bedeutendsten Unterschiede insbesondere aus kommunaler Sicht

herausgearbeitet. Das Denkmalschutzgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen wird beispielhaft herangezogen und dient als Grundlage für die Darstellung der Verfahrensfragen. Auch die wichtigsten Aspekte des praktischen Denkmalschutzes, angefangen von Planung und Schadenskartierung bis hin zum denkmalgerechten Umgang mit Bauteilen und Baumaterialien werden erläutert. Interessant ist auch die exemplarische Behandlung der verschiedenen Arten von Denkmälern, vom normalen Haus über die Arbeitersiedlung bis hin zum Industriedenkmal, bei denen jeweils kurz Charakteristisches, Besonderheiten und Probleme dargestellt werden.

Das Buch ist allen, die sich mit Denkmalpflege beschäftigen, zu empfehlen, weil es neben sachlicher Information auch Anregungen für die kommunale Praxis vor Ort liefert.

(IS)



*Walter Ollenik
Dr. Jörg A. E. Heimeshoff
unter Mitarbeit von
Jürgen Uphues
Denkmalschutz und
Denkmalpflege in der
kommunalen Praxis
Grundlagen – Verfahren –
Perspektiven
Erich Schmidt Verlag, 2005
240 Seiten, 15,8 x 23,5 cm
kartoniert, 36,80 €
ISBN: 3-503-08764-8*

Hartz IV im Fachgespräch

Kommunale Kostenübernahme für Unterkunft und Heizung

DIE GRÜNEN —
im Landtag NRW

Die Auswirkungen von Hartz IV wurden beim kommunalpolitischen Ratschlag der Landtagsfraktion am 18.09.2005 unter die Lupe genommen. Bei Hartz IV sind die Kommunen und Kreise Kostenträger für Unterkunft und Heizung von SGB II-BezieherInnen. In einer Übergangszeit von sechs Monaten müssen die Kosten übernommen werden, wenn sie als „nicht angemessen“ gelten. Da die Hartz-Gesetzgebung seit dem 1.1.2005 in Kraft ist, ist die Übergangsfrist Ende Juni für die ersten Betroffenen abgelaufen. Daher haben die Kommunen inzwischen damit begonnen, diejenigen anzuschreiben, die in teurerem Wohnraum leben. Eine interne Umfrage, Berichte aus den Beratungsstellen im Land und ein Überblick über die Rechtsprechung der Sozialgerichte ergaben ein für NRW vielfältiges Bild.

Kommunale Praxis

Viele Kommunen gehen auf die lokale Wohnungssituation und die soziale Situation der Hilfesuchenden ein. So werden häufig Kriterien wie Kontinuität und Sicherstellung der Kinderbetreuung oder Pflegepersonen aus dem Stadtteil berücksichtigt, wenn es darum geht, auch „nicht angemessene“ Mietkosten zu übernehmen. Viele fordern nur nach einer eingehenden Prüfung und bei deutlicher Abweichung vom örtlichen Mietniveau zum Umzug auf, damit die Betroffenen überhaupt „angemessene“ Mietwohnungen finden können.

Aber es zeigte sich, dass auch etliche Kommunen und Kreise mit unrechtmäßigen Instrumenten arbeiten. So fordern einige dazu auf, sich auch außerhalb der zuständigen Kommune eine neue Wohnung zu suchen oder es wird festgestellt, dass die Wohnung vom örtlichen angemessenen Mietniveau abweiche und die überschießenden Mietkosten aus dem Regelsatz zu tragen wären. Beide Verfahren wurden vom referierenden Vorsitzenden des Landessozialgerichtes Prof. Wahrendorf als nicht rechtmäßig eingeschätzt. Er betonte zudem, dass – entgegen einer häufigen Praxis – der Wechsel in eine eigene Wohnung als Erstbezug zu betrachten sei, wenn die Trennung zur Bedürftigkeit führt. Dann hat der Kostenträger die Einrichtungskosten zu übernehmen.

Im Arbeitskreis Frauen in Not, in dem die Grünen mit zahlreichen Organisationen von Frauenberatungsstellen zusammenarbeiten, wurde ein um-

fangreicher Katalog von Korrekturbedarfen bei Hartz IV Regelungen erarbeitet. Hier wurde deutlich, dass Frauen in Notsituationen – zum Beispiel Opfer häuslicher Gewalt – häufig mit Problemen der Wohnraumversorgung konfrontiert sind. Die gängige Praxis, Wohnraumkosten nur als Darlehen zu gewähren, die aus den monatlichen Regelsätzen zurückzuzahlen sind, ist in diesen Fällen eine besondere Härte.

Ausblick

Im zweiten Teil des Fachgespräches wurde deutlich, dass die Versorgung mit preiswertem Wohnraum durch Hartz IV eine zentrale Herausforderung der Zukunft ist. Während landesweit der Bestand an Sozialmietwohnungen sinkt, nimmt die Zahl einkommenschwächerer Haushalte infolge der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung und steigender Arbeitslosenzahlen zu. Der von der Landesregierung angekündigte Rückzug aus der sozialen Wohnungsbauförderung wird diese Situation verschärfen, da schon jetzt abzusehen ist, dass für einen Großteil dieser Wohnungen die Mietpreisbindung und das kommunale Belegungsrecht auslaufen wird. Durch die den Städten übertragene Finanzierungsverantwortung für die Unterkunftskosten der ALG II-Haushalte steigt das Interesse der Kommunen an einer ausreichenden Zahl von mietpreis- und belegungsgebunden Wohnungen.

Der Plan der scheidenden Bundesregierung, sich rückwirkend zum 1.1.2005 nicht mehr an den Unterkunfts- und Heizkosten für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosengeld II zu beteiligen, sorgt in der kommunalen Landschaft für erhebliche Unruhe.

Sollte der Gesetzentwurf vom 05.10.2005 aus dem Hause Clement in der vorgesehenen Form Gesetz werden, müssten die Kommunen bundesweit bis zu 3,2 Mrd. Euro an den Bund zurückzahlen. Nun ist der Widerstand aus den Kommunen gefragt.

Die Landtagsfraktion hat einen Musterantrag für eine Resolution in den Kommunalparlamenten erarbeitet. Er kann im Internet unter: www.barbara-steffens.de heruntergeladen werden.

Der Natur auf der Spur

Biogene Kraftstoffquellen im Netz

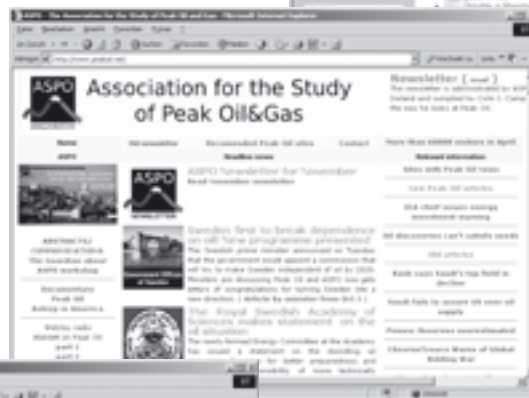
Das Zeitalter der fossilen Kraftstoffe nähert sich seinem Zenit. Nicht nur die Barrelnpreise zwischen 60 und 70 Dollar künden davon, sondern auch viele Internetseiten. „Peak-oil“ heißt einer der Fachbegriffe, der Punkt der maximalen Förderleistung, der nach Meinung von Experten bald erreicht sein wird. Danach geht es nur noch bergab. Auf den englischsprachigen Seiten der ASPO („Association of the Study Peak Oil & Gas“) des bekannten Experten Colin Campbell finden sich viele alarmierende, aber auch einige hoffnungsfrohe Informationen aus dem internationalen Raum. Schwedens Regierung hat beispielsweise jüngst beschlossen, um 2020 vom Öl unabhängig zu sein.

Die Frage nach der Markteinführung der Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen (NAWAROS) hat längst die Hallen grüner Utopien verlassen und einige Autokonzerne erreicht.

Renate Künast hat als Ministerin dazu wertvolle Starthilfe geleistet. Die Agentur für nachwachsende Rohstoffe in Güstrow dient ihr dabei als Wissens- und Erfahrungsverbreiter. Wer lieber etwas zum Lesen in der Hand hält, sei auf zwei gleichnamige, aber inhaltlich unterschiedliche Broschüren „Biokraftstoffe“ aus dem Künast-Ministerium bzw. von der Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe verwiesen. Die Publikationen können kostenfrei per mail bestellt werden und geben einen reich bebilderten Einstieg in die Materie.

Ein Expertenportal über die gesamte Bandbreite der NAWAROS gibt es ebenfalls im Netz. Der Dienst ist allerdings kostenpflichtig. Das Abo kostet ca. 70 € im Jahr und lohnt sich für Branchenangehörige und Anlagenbetreiber. Neben den neuesten Nachrichten werden auch aktuelle Preisindices verschiedenster NAWAROS geboten.

Die Kosten für ihren BTL-Kraftstoff namens „SunDiesel“ schätzen die Fa. Choren und der Autobauer Volkswagen auf ca. 70 Eurocent pro Liter. Die Herstellungskosten sollen in Zukunft bei einer Weiterentwicklung und stärkeren Marktdurchdringung auf 50 Eurocent pro Liter sinken. Die Bundesregierung hat Anfang 2004 die Biokraftstoffe bis



2010 von der Mineralölsteuer befreit, damit wird SunDiesel zum herkömmlichen Diesel aus Mineralöl konkurrenzfähig.

Im Herzen des Rheinlands zwischen Aachen und Jülich hat sich das Projekt „Regioöl“ etabliert. Kaltgepresstes natives Rapsöl landet kostengünstig im umgerüsteten Dieselmotor statt in der Bratpfanne. Infos über Bezugsquellen des biogenen Kraftstoffs, Umrüstwerkstätten für die Fahrzeuge und allerhand nützliche Tipps finden sich auf der Homepage.

Nach einer mühsamen Anschubphase sind derzeit Erdgasfahrzeuge stark im Kommen. Mit 30.000 PKW und 620 Tankstellen in Deutschland ist ein solider Grundstock gelegt. Die Nachfrage unter den ölpribegeutelten Autofahrern ist groß und kann durch die Automobilindustrie derzeit nur mit halbjährigen Wartezeiten erfüllt werden. Die Aufbereitung von Biogas und Einspeisung ins Erdgasnetz rückt näher. Gerade hat die STAWAG Aachen den Bauantrag für eine große Biogasanlage in Kerpen gestellt. Aus Gülle und aus Energiemais der Buirbliesheimer Agrargenossenschaft eG sollen pro Stunde etwa 1000 Normkubikmeter Biogas und eine elektrische Leistung von etwa zwei Megawatt erzeugt werden. Künftig gibt es also zunehmend flüssige oder gasförmige Ökotiger im Tank.

Hans-Jürgen Serwe

Quellen:

Erschöpfung der fossilen Energien
www.peak-oil.de
www.peakoil.net

NAWARO-Portal
www.nachwachsende-rohstoffe.info

BTL-Treibstoffe
www.choren.com,
www.sunfuel.de
www.mobilitaet-und-nachhaltigkeit.de

Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe
www.fnr.de
 mail: info@fnr.de

Erdgasportale
www.gibgas.de
www.erdgasfahrzeuge.de,
www.ea-nrw.de

Rapsölprojekt im Rheinland
www.regioel.de

Verbraucherministerium
www.verbraucherministerium.de

Bestellungen:
publikationen@bundesregierung.de



Keine Dienstleistungsrichtlinie auf Kosten kommunaler Kompetenzen und bewährter Qualitätsstandards

Die Auseinandersetzung um die „Richtlinie für Dienstleistungen in Europa“ geht in ihre entscheidende Phase. Ende Januar soll das Parlament entscheiden. Die EU-Kommission versucht weiterhin massiv, gemeinsam mit wichtigen Teilen der Liberalen und der Konservativen im EP ihre Vorstellungen zur kompletten Deregulierung dieses Sektors durchzudrücken. Dabei handelt es sich auch um den Versuch Sozial-, Umwelt-, Verbraucherschutzstandards auszuhebeln, die auch von Grünen in Jahrzehnten mühsam durchgesetzt wurden. Das verfassungsmäßig verankerte Prinzip der Subsidiarität würde so ebenfalls unterlaufen. Kommunale Regelungskompetenzen würden deutlich ausgehöhlt. Um das hohe Niveau der kommunalen Selbstverwaltung weiterhin sicherzustellen und bewährte Standards zu erhalten, schlagen die Grünen im Europäischen Parlament vor, eine Dienstleistungsrichtlinie zu beschließen, die sowohl der sinnvollen Idee eines gemeinsamen Binnenmarktes für Dienstleistungen, als auch Subsidiarität und hohen nationalen Standards gerecht wird.

- Der Anwendungsbereich der Richtlinie soll strikt auf kommerzielle Dienstleistungen beschränkt bleiben. Die öffentliche Daseinsvorsorge, also z.B. der öffentliche Nahverkehr, die Gesundheitsdienste, Wasser, Strom und Elektrizität sowie Kultur und Bildung müssen ausgeklammert werden.
- Aus wichtigen Gründen des öffentlichen Interesses muss es den Kommunen möglich sein, in Übereinstimmung mit der europäischen Rechtsprechung eigene Anforderungen an Dienstleistungserbringer zu stellen.
- Die Anforderungen z.B. an Sicherheitsstandards und Arbeitsschutz im Herkunftsland dürfen bei der Dienstleistungserbringung im Zielland nicht maßgeblich sein. Deshalb ist für Grüne bei der Dienstleistungserbringung das Ziellandprinzip sinnvoll. Die Kommunen sind für zahlreiche Kontrollen im Ge-

werbe-, Handwerks-, Gaststätten-, Umwelt-, und Wirtschaftsverwaltungsrecht die zuständigen Behörden. Das soll auch so bleiben. Gestaltungsmöglichkeiten, wie lokal unterschiedliche Gaststättenordnungen, sollen erhalten bleiben.

- Sinnvolle Sonderregelungen für einzelne Dienstleistungssektoren dürfen nicht außer Kraft gesetzt werden. Eine Dienstleistungsrichtlinie darf bestehende Regelungen z.B. im Bereich Kultur nur ergänzen.

Für weitere Informationen zum Thema sowie zu allen anderen Fragen, die die Schnittmenge von kommunaler und regionaler sowie europäischer Politik betreffen, stehe ich Euch selbstverständlich zur Verfügung.

Eurer Frithjof Schmidt

Weitere Informationen zur Dienstleistungsrichtlinie auf unserer Homepage

www.frithjof-schmidt.de

Dort zu finden ist auch ein Gutachten zu den Auswirkungen des Kommissionsentwurfs zur Dienstleistungsrichtlinie mit besonderer Berücksichtigung der Kommunen.

Newsletter

Meinen *Newsletter* könnt ihr ebenfalls auf auf meiner Homepage unter „Service“ abonnieren, den der Europa-Gruppe auf www.gruene-europa.de

Meine Büroadressen:

Büro Brüssel:

Michael Schmitt & Janna Schönfeld
Raum ASP 08 G 218
Rue Wiertz 60
1047 Brüssel/Belgien
Tel. 0032 228 45215
Fax 0032 228 49215/
fschmidt@europarl.eu.int

Büro Düsseldorf

Börje Wichert
Jahnstraße 52
40215 Düsseldorf

Tel. 0211 38666-31
Fax 0211 38666-66
wichert@gruene-europa.de

